

aufbau



klassenkampf
frauenkampf
kommunismus

59

dezember/januar 2010
fr. 3.-/euro 2.-
www.aufbau.org

HONDURAS Der US-Imperialismus erneut in Aktion **4**

KRISENANALYSE Protektionismus und Sozialabbau **6/7**

BILDUNG Berichte aus den besetzten Universitäten **10/11**

MUMIA ABU JAMAL Auch nach 27 Jahren ungebrochen **12**

Ein Herz für Krieg



POLITISCHE GEFANGENE

Die Internationale Klassen-solidarität aufbauen – Marco muss raus!



Vom 9.-16. November 09 hat Marco Camenisch einen Hungerstreik in Solidarität u.a. mit dem von der Exekution bedrohten afroamerikanischen Militanten Mumia Abu-Jamal durchgeführt. Ende Dezember wird er an einer Hungerstreik-Initiative anarchistischer Gefangener in Chile teilnehmen.

Wer kennt ihn nicht, Marco Camenisch, den Bündner Oeko-Anarchisten?

Der Genosse sitzt seit 1991 ununterbrochen hinter Gittern – ein gutes Jahrzehnt verbrachte er in Italien's Knästen, derzeit ist er in der Haftanstalt Pöschwies, in der Nähe von Zürich. Verurteilt wurde er wegen militanten Aktionen im Rahmen der Anti-AKW-Bewegung. Ausserdem soll er laut Justiz Ende der 1980er Jahre auf der Flucht einen Grenzpolizisten erschossen haben.

Marco ist im Knast kämpferisch geblieben und hat sich an vielen Initiativen von Gefangenen weltweit solidarisch beteiligt oder eigene aufgeföhren. Ohne Marco's konkrete Solidarität wäre es der Roten Hilfe International kaum möglich, ihre internationale Entfaltung derart aktuell, effektiv und kontinuierlich entwickeln zu können. Marco's Solidaritätsbegriff ist ein Teil revolutionären Kampfes, der konkrete Brücken zwischen Drinnen und Draussen und zwischen revolutionären Ideologien baut.

2012 wird er 2/3 der Strafe abgessen haben. Eigentlich hätte er dann ein Anrecht auf Freilassung. Nichts Gutes lässt die Erklärung der Klassenjustiz verheissen, wenn sie in einer Ablehnung bezüglich ihm zustehender Hafterleichterung meint, er bezeichne sich nach wie vor als Anarchist und meine, die Gesellschaft befinde sich im Kriege! Wer an seiner revolutionären Identität auch nach Jahrzehnten Knast weiterhin festhält und sich konkret verhält, darf in dieser krisengeschüttelten Zeit nicht raus, sei dies in Frankreich die politischen Gefangenen aus Action Directe oder George Ibrahim Abdallah, in Spanien Juan Manuel Arenas (PCE®). Die Liste ist lang. Entwickeln wir zusammen mit ihnen einen entschlossenen Kampf, damit sie endlich alle raus kommen!

Aufbau Vertrieb

An- und Verkauf proletarischer und kommunistischer Literatur

BASEL
Bläsiring 86
Donnerstags von 18 bis 20 Uhr
E-Mail: basel@aufbau.org

ZÜRICH
Kanonengasse 35
(im Hinterhaus, Eisentreppe)
Samstags von 11 bis 16 Uhr

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU

Zentrum vom Revolutionären Aufbau Basel
Bläsiring 86 (Parterre) in Basel
Geöffnet jeden Donnerstag von 18 bis 20 Uhr

Zentrum vom Revolutionären Aufbau Bern
Das Lokal, Mitte Zaunweg in Bern
Jeden Mittwoch von 17 bis 19 Uhr

Zentrum vom Revolutionären Aufbau Zürich
Meinrad-Lienertstrasse 15 in Zürich
→ Infos im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus)
jeden Samstag von 11 bis 16 Uhr

IMPRESSUM

Herausgeberinnen

Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich
Revolutionärer Aufbau Basel, Postfach 348, 4007 Basel
Revolutionärer Aufbau Bern, Postfach 87, 3174 Thörishaus
Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.ch

Redaktion (red)

Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Bern (rab),
Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich
(gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafb),
Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkbb),
Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkzz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe
(akak), Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Frauen-Arbeitsgruppe (agf), Arbeitsgruppe
Winterthur (agw), Rote Hilfe-AG Anti-Rep (rh-ar), Kulturredaktion (kur)

Redaktion und Vertrieb Schweiz

aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, PC-Konto 80-33638-5
Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org

2 aufbau nr. 59 – dezember/januar 2010



An der nationalen Kundgebung der Gewerkschaften vom 19. September in Bern

Editorial

Eine globale Studie im Auftrag der britischen BBC hat es an das Licht gebracht: Es glauben nur noch 11 Prozent der Befragten in 27 Ländern, dass der Kapitalismus gut funktioniert. Durchschnittlich 23 Prozent wollen gar eine vollkommen neue Wirtschaftsordnung aufbauen. Elemente des Sozialismus, wie die gleiche Verteilung des Wohlstandes, würden viele Leute der Welt ansprechen, sagt Steven Kull, von der Universität in Maryland. Das sollte uns KommunistInnen freuen, denn es scheint, dass der Glaube an den Kapitalismus doch gehörig erschüttert worden ist.

Je tiefer sich in einer Krise Widersprüche auftun, desto grösser wird bei den Bürgerlichen das Bedürfnis nach verbaler Harmonie. So wollen sich die RepräsentantInnen des World Economic Forums in Davos 2010 Einigkeit auf ihre Fahnen schreiben und für die Stärkung weltweiter Organisationen plädieren. Die globale Zusammenarbeit von Aktionären, Regierungen, Medien, der Wissenschaft und der Künste soll es richten. Ist da etwa ein kapitalistischer Totalitarismus am Werk? Selbstverständlich alles Lug und Trug. Denn nach wie vor heisst es bei den verschiedenen Kapitalfraktionen: gemeinsam gegen das Fussvolk und gegeneinander für das Ergattern des grössten Stücks vom Kuchen auf Kosten des Konkurrenten. Globale Strukturen zur Bündelung der Sonderinteressen sich konkurrierender Kapitale, wie etwa die Klimakonferenz, haben das Nachsehen.

Wir hingegen finden die internationale Zusammenarbeit tatsächlich die beste Antwort gegen die Ökonomie und die Politik der zerstrittenen KapitalistInnen: Wenn ArbeiterInnen und Angestellte sich in den Betrieben weltweit gegen Entlassungen und Verschärfungen der Arbeitsbedingungen wehren, wenn StudentInnen länderübergreifend gegen die immer unzumutbarer werdenden Bedingungen an den Hochschulen und Universitäten vorgehen, oder wenn die Unzufriedenen und revolutionären Kräfte international gemeinsam gegen das WEF und die WTO kämpfen. Wenn alle die kapitalistischen Streithähne im «eigenen» Land angreifen, wird der Internationalismus am wirksamsten sichtbar.

Für neue Leserinnen und Leser

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf Ressourcenknappheit und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!

Afghanistan oder das Scheitern der Kriegspolitik

AFGHANISTAN Der US-Imperialismus will mit Truppenaufstockungen den verlorenen Krieg gewinnen. Grossbritannien und Deutschland blasen zum Rückzug. Die Luftangriffe auf Pakistan erinnern fatal an die Angriffe auf Laos und Kambodscha im Vietnamkrieg.

(rabs) Desolater könnte sich die Situation in Afghanistan für den US-Imperialismus kaum darstellen. Ein durch ungeheuerliche Wahlfälschung an die Macht gekommener, korrupter Präsident, dessen Bündnispartner scharenweise zu den Taliban überlaufen. Auf der anderen Seite ein mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete US-Präsident, angetreten, um den Krieg in Afghanistan zu verschärfen und zu gewinnen. Und das ausgerechnet in Afghanistan, einem Land, in dem die ausländischen Mächte seit eh und je jeden Krieg verloren haben. Gelernt haben die Politiker und ihre Militärs wenig, im Namen des Krieges gegen den Terror terrorisieren und drangsalieren sie die Bevölkerung wie ihre gescheiterten Vorfahren.

Fatal an den Vietnamkrieg und die Angriffe auf die Nachbarländer Laos und Kambodscha erinnert die Eröffnung einer weiteren Kriegsfront im Afghanistan-Krieg. Systematisch wird seit längerer Zeit das pakistanische Grenzgebiet bombardiert. Mit der Drohung, auch mit Truppen einzumarschieren und den Dollarfluss an die Regierung zu stoppen, erzwang Washington die militärische Offensive der pakistanischen Armee gegen die Taliban. Zuerst im Swat-Tal, wo die Bomben über drei Millionen Menschen vertrieben und jetzt in Süd-Waziristan. Die Bilanz: Militärisch wurden die Taliban kaum geschwächt. Im Gegenteil, sie finden unter den Flüchtlingen nicht wenig Zulauf.

Die Alliierten blasen zum Rückzug

Mit bis zu 40'000 Armeemitgliedern soll die jetzt schon 68'000 Soldatinnen zählende US-Truppe in Afghanistan aufgestockt werden. Dass damit der längst verlorene Krieg doch noch gewonnen werden kann, wird selbst in US-Militärkreisen bezweifelt. Für den britischen Imperialismus ist der Krieg gelaufen – statt wie gefordert Truppen aufzustocken präsentiert der englische Premier Brown einen Rückzugsplan. Der Kampf gegen den Terrorismus soll ab 2010 in Afghanistan durch «lokale Truppen» geführt werden. Aussenminister Miliband sieht für diese Aufgabe auch «gemässigte Taliban» vor.¹ Eindrücklicher kann die totale Niederlage kaum dokumentiert werden.

Bekanntlich verteidigt ja auch Deutschland seine Freiheit am Hindukusch. Allerdings, zumindest bis zum Regierungswechsel, galt bei den deutschen ImperialistInnen das K-Wort als verpönt. Statt von Krieg sprach man konsequent von einer Friedensmission. Die Reihenfolge der Wortwahl der Rechtfertigung für den Überfall auf Afghanistan durch das auswärtige Amt bringt die Interessenslage präzise auf den Punkt: «Unser Engagement dort dient in gleichem Masse deutschen, internationalen und afghanischen Interessen.»² Der adlige Kriegsminister zu Guttenberg verstieg sich diese Tage nun zur Behauptung, in Afghanistan herrsche Krieg. Es brauchte wohl kaum das von der Bundeswehr angerichtete Massaker anfangs September mit 100 Toten und



Der deutsche Kriegsminister zu Guttenberg liebt die Waffenpose

zahlreichen Verletzten, um zu diese Lagebeurteilung zu gelangen. Trotzdem löste diese Äusserung in Deutschland eine Debatte zwischen den verschiedenen bürgerlichen Fraktionen aus – schliesslich hat man sich doch bislang auf den Sprachgebrauch einen humanitären Einsatzes für den Frieden geeinigt. Die mittlerweile auch von der UNO getragene «Friedensmission» ist allerdings ein handfester Kolonialkrieg, den die imperialistischen Mächte im Verbund mit lokalen Lakaien führen. Und der Herr zu Guttenberg hat nun mal wenig Berührungsschwierigkeiten mit alten imperialistischen Traditionen.

Der Begriff «Lakai» ist in Afghanistan allerdings nur bedingt richtig. Die verschiedenen Kriegslords, die die Fronten je nach Interessenslage wechseln, sind weniger Lakaien denn opportunistische Machtpolitiker. Und als solche höchst unsichere Bündnispartner, ein Teil von ihnen hat sich seit längerem wieder mit den Taliban verbündet. Wenn nun also auch Herr zu Guttenberg verkündet, Deutschland werde sich bereits 2010 aus Teilen Nordafghanistans zurückziehen und diese Gebiete

Irak: Die Ölfelder werden verschachert

Zumindest ein zwei Kriegsziele haben die USA im Irak erreicht. Saddam Hussein wurde gestürzt und sämtliche, durch seine Regierung abgeschlossenen Ölverträge mit ausländischen Firmen für Null und nichtig erklärt. Selbstredend handelt es sich dabei nicht um US-Firmen, sondern um die Konkurrenz, z.B. die russische Firma Lukoil. Das Kriegsziel widerspiegelte sich damals in der Namensgebung zweier Militärbasen im Irak: «Forward Operating Base Shell» und «Forward Operating Base Exxon», etwas geschmacklos zwar, aber zumindest ehrlich. Exxon und Shell haben das operative Ziel nun erreicht und anfangs November einen Vertrag mit dem Marionettenregime in Bagdad über die Kontrolle der Ölfelder von West Kurna abgeschlossen. Der russische Mitbewerber Lukoil ging dieses Mal nicht ganz unerwartet leer aus.

afghanischen Truppen zur Kontrolle übergeben, heisst dies nichts anderes, als dass die alten Warlords wieder uneingeschränkt schalten und walten können.

Der diebische Präsidentenclan

Ein wirklicher Lakai ist der korrupte Präsident Karzai, der seinen Palast aus Sicherheitsgründen längst nicht mehr verlassen kann. Die Ironisierung seiner Funktion als «Präsident von Kabul» ist bereits eine massive Übertreibung. Seine Vergangenheit als Supermarktbesitzer in den USA erinnert an die vom italienischen Liedermacher Francesco Gregori in seinem Lied «Wer stiehlt in den Supermärkten» so trefflich auf den Punkt gebrachte Klassenanalyse: «Auf welcher Seite stehst Du? Bei denen, die in den Supermärkten stehlen oder bei denen, die diese, stehend, gebaut haben?»

Mit einfachem Diebstahl begnügt sich allerdings die Familie Karzai nicht. Der Bruder des Präsidenten, Ahmed Wali Karzia ist einer der grössten Drogenhändler Afghanistans und soll gemäss verschiedenen Berichten eng mit dem CIA zusammenarbeiten. Bekanntlich war der US-Geheimdienst noch nie wählerisch in der Auswahl seiner Mitarbeiter, nur wird damit die Kritik von Aussenministerin Clinton an der Misswirtschaft und Korruption von Präsident Karzai auch nicht glaubwürdiger.

Auf welcher Seite stehst Du – genau diese Frage hatte der US-amerikanische Armeepsychiater Nidal Malik Hasan mit seiner Kritik am Irakkrieg falsch beantwortet. Gegen seinen Willen sollte er deshalb im Irak zum Abschuss freigegeben werden. Sein Amoklauf mag zwar die falsche Antwort oder zumindest das falsch gewählte Ziel auf diese zynische Unterfangen durch die US-Army sein. Aber ehrlicher als der heuchlerische Aufschrei des Entsetzens, der ob der 13 toten Soldaten durch den Medienwald rauschte, ist sie allemal. Oder ist Fort Hood etwa nicht der Ort, wo die Soldaten zum Töten oder eben getötet werden im Irak oder Afghanistan getrimmt werden?

¹ Afghanistan: Die Briten legen Rückzugsplan vor, Die Presse, 18.11.09

² Website des Auswärtigen Amtes, Wiederaufbau und Sicherheit – Warum Deutschland in Afghanistan engagiert ist

Die Armada in Davos

WELTWIRTSCHAFTSFORUM Das bevorstehende Kapitalistentreffen wird von Räten aus hochkarätigen ExpertInnen vorbereitet, darunter 29 aus der Schweiz. Sie werden die grossen Probleme des Kapitalismus nicht lösen.

(gpw) Erneut wird die Armada aus ungefähr 50 Staats- und Regierungschefs, 200 Regierungsmitgliedern, 1600 aus der Geschäftswelt, 200 Verlegern, Chefredaktoren, Spitzenkommentatoren und Wirtschaftspublizisten, 250 Fakultätsmitglieder und 200 führende Köpfe aus der Zivilgesellschaft vom 27.-31. Januar in Davos auffahren. Rethink, Redesign, Rebuild the state of the world lautet das diesjährige Motto. Der Kapitalismus soll neu gedacht, neu geplant und neu aufgebaut werden, nachdem ihn die Krise wie ein Erdbeben durchgeschüttelt hat. Ehemalige strategische Partner wie Lehman Brothers, Citygroup oder Morgan Stanley sind aus der Liste verschwunden, Merrill Lynch wurde zum Anhängsel der Bank of America. Alte Krisenverursacher wie Josef Ackermann, Chef der Deutschen Bank, fungieren als Co-Chairs. Anders als eine Naturkatastrophe können

die Global Leaders die Krise nicht denken, denn sonst müssten sie ihr eigenes System in Frage stellen. Daran ändert auch nichts, dass die über 70 Global Agenda Councils als Vorbereitungsausschuss institutionalisiert wurden und vom 20.-22.11. erneut in Dubai zusammenkommen, abgeschottet von der Bewegung. In bewährter Grossmüdigkeit spricht WEF-Gründer Schwab von über 700 der innovativsten und einflussreichsten Köpfen der Welt¹, die für die drängendsten Weltprobleme Lösungen aushecken würden². Darunter sind immerhin 29 mit Schweizer Pass aus Administration, Universitäten, NGOs und Konzernen, u.a. Sepp Blatter, Walter Kieselholz, CS.

In einem Rat für Verhandlungen und Konfliktlösungen werden für das WEF regelmässige Preventive Sessions hinter verschlossenen Türen vorgeschlagen, wo proaktiv ein Konflikt studiert werden soll, der gewalttätig werden könnte, um dann besser präventive Massnahmen ergreifen zu können. Das knüpft an eine alte Tradition des WEF an, informell sog. Friedensprozesse anzuleiern.

Eine Global Redesign Initiative (GRI) wurde am WEF 2009 ins Leben gerufen, um Empfehlungen für die Bildung von Werten, die globale Sicherheit, das Wirt-

schaftswachstum etc. zu entwickeln. Sie steht unter dem Patronat von Katar, Singapur und der Schweiz.

Unsere Antwort

Im Schwerpunktthema dieser Nummer zeigen wir, dass die Krise zu einer gewaltigen Verschärfung der Konkurrenz und des Protektionismus führt. Es sind in erster Linie Konkurrenten, die sich in Davos zusammenrotten. Sie können nicht anders, als sich gegenseitig Steine in den Weg zu legen, was Lösungs der Weltprobleme innerhalb des Kapitalismus verunmöglicht. Die Macht liegt also bei den verschiedenen Kapitalfraktionen und ihren konkurrierenden Multis. Die Parole Das WEF ist überall entspricht genau dieser Analyse. Wenn sie uns mit ihrem Motto schon den Ball zuspielen: Think, Design and Build Socialism! Den Sozialismus denken, planen und aufbauen!

¹ Genau sind es 1192 eingeladene Experten aus 63 Ländern

² Eine Liste der behandelten Themen mit Beschreibungen findet sich auf:

<http://www.weforum.org/en/about/GlobalAgendaCouncils/IssueDescriptions/index.htm>

Leben und linke Politik in Palästina

GAZA Wir führten ein Gespräch mit unserem Genossen F., der vor einigen Jahren aus Palästina geflüchtet ist.

(*agafb*) F. floh vor 5 Jahren über die ägyptisch-palästinensische Grenzstadt Rafah nach Kairo. Anschliessend reiste er in die Schweiz, wo er verhaftet und für etwa ein Jahr in den Ausschaffungsknast gesteckt wurde. Seit seiner Freilassung ist er politisch aktiv.

Das Leben in Gaza

Das Leben in Gaza-Stadt ist streng: Rund 670'000 EinwohnerInnen leben auf einer Fläche von etwa 45 km², was einer Bevölkerungsdichte von fast 15'000 EinwohnerInnen pro km² entspricht. Kriegsbedingt existieren sehr viele Spitäler.

Durch die Blockade des Gazastreifens wird die Arbeitssituation erschwert: Viele Wirtschaftszweige sind auf Rohstoffimporte angewiesen und produzierte Waren können nicht international verkauft werden. F. erzählt uns, dass man früher mit einer Ausbildung gute Arbeit gefunden habe: Durch die Zerstörung während der 2. Intifada und die Teilblockade danach habe sich die Situation verschlechtert und durch die totale Blockade ab 2007 sei es nochmals schlimmer geworden.

Der Meereshafen von Gaza kann aufgrund der Blockade nicht verwendet werden. Die Grenzen zu Israel und Ägypten werden durch Mauern und Zäune geschlossen. Der Yasser-Arafat-Flughafen wurde 2001 durch die israelische Armee zerstört. Es werden Tunnel nach Ägypten gegraben, um Waren zu schmuggeln. Wasser, Treibstoff und grosse Teile des Stroms müssen aus Israel importiert werden. Palästinensische Elektrizitätswerke werden regelmässig durch die israelische Armee zerstört, um durch die Dunkelheit das Durchführen von Razzien oder Angriffen auf Hamas-Anführer zu erleichtern.

Zermürbung

Razzien und Angriffe werden meist durch die israelische Armee durchgeführt, nachdem der Geheimdienst Mossad Informationen über den möglichen Aufenthaltsort von Hamas-Anführer erhalten hat. Oft werden

PalästinenserInnen bestochen, um an diese Informationen gelangen. Bei der Durchführung der Angriffe ist die israelische Armee nicht zimperlich: Teilweise werden ganze Strassenzüge bombardiert, um eine einzelne Person zu töten. Mit dieser Taktik bezwecken sie auch, die Zivilbevölkerung zu zermürben.

Die PFLP

In den Wahlen 2006 ist die PFLP (Volkfront zur Befreiung Palästinas) als die drittstärkste Kraft ins palästinensische Parlament eingezogen. Die PFLP wurde Ende 1967 gegründet und vertritt eine marxistisch-leninistische Position. Ihr erklärtes Ziel ist „die Befreiung ganz Palästinas im bewaffneten Kampf und die Errichtung eines demokratischen und sozialistischen palästinensischen Staates“. Sie wird von der syrischen Regierung unterstützt.

Die PFLP wurde vor allem zwischen 1991 und 1995 von den Israelis massiv attackiert, da eine grosse Gefahr von ihr ausgeht. Durch ihre solide ideologische Basis, sowie die Fähigkeit, im Verborgenen zu agieren und in Notsituationen die Organisationsstrukturen sehr schnell an die momentanen Bedürfnisse anzupassen, konnte die PFLP bei der Intifada im September 2000 wieder aktiven Widerstand leisten. Die davon überraschten Israelis ermordeten als Antwort auf dieses Wiederaufstehen der Organisation ihren Anführer Abu Ali Mustafa. Die PFLP antwortete umgehend mit der Ermordung des israelischen Tourismusminister Recham Seewi und zeigten damit, dass sie durch den Schlag nicht handlungsunfähig gemacht wurden. Die palästinensischen Autonomiebehörden verhafteten darauf auf internationalen Druck PFLP-Führungskräfte.

Alle bewaffneten Organisationen haben es in Palästina momentan schwer. Einerseits behindert die Spaltung der PLO (Organisation zur Befreiung von Palästina) und vor allem der Graben zwischen der Hamas und der Fatah die tägliche politische Praxis enorm. Andererseits trägt die Spaltung, die Schwäche der Organisationen und die grosse Repression, die mit der 2. Intifada



Man kämpft gegen verschiedene Arten von Mauern

begann, dazu bei, dass immer weniger über 25-jährige ihren Platz im bewaffneten Kampf sehen. Oft wird der Vorwurf laut, die Angriffe der Hamas, die ja auch Israel nicht wirklich treffen, schaden mehr der palästinensischen Bevölkerung und trügen nichts zur Lösung des Konflikts bei.

Die Forderungen von palästinensischer Seite gehen weit auseinander. Soll eine Zweistaatenlösung angestrebt werden oder sollte man aufs Ganze gehen und eine Einstaatenlösung fordern, in der alle ethnischen und religiösen Gruppen ihren Platz finden und nebeneinander existieren könnten?

Nachdem sowohl in Europa als auch in Palästina eine gewisse Hoffnung aufgekommen war, als Barack Obama Präsident der USA wurde, verfiel diese sehr schnell. Vom erhofften und dringend nötigen Druck auf die israelische Regierung, den Siedlungsbau nicht nur zu stoppen sondern sich auf die Grenzen von 1967 zurück zu ziehen ist nicht das Geringste zu spüren.

Quellen:

<http://www.fightbacknews.org/2003-3-summer/pflp.htm>

Honduras – Terror gegen den Widerstand

IMPERIALISMUS Hinter dem Putsch in Honduras stehen nicht zuletzt die Interessen der US-Multis. Der breite Widerstand wird durch private und staatliche Schergen terrorisiert.

(*rabs*) Seit dem gewaltsamen Putsch durch die Militärs am 28. Juni terrorisiert das von Roberto Micheletti geführte Regime systematisch die oppositionelle Bevölkerung. Folter, körperliche und sexuelle Misshandlungen sind an der Tagesordnung. Im Visier der staatlichen und privaten Schergen sind immer mehr auch Frauen aus dem Widerstand. Mit einem offenen Brief fordern Ende September 175 Menschenrechtsvertreterinnen die US-Aussenministerin Hillary Clinton auf, die Gewalt in Honduras zu verurteilen¹. Diesem berechtigten Ansinnen wird Frau Clinton wohl kaum nachkommen. Gerade in Honduras wird sie ihrem Ruf als aussenpolitische Hardlinerin mehr als gerecht. Sie unterhält engste Beziehungen zum wichtigsten Lobbyisten für das Putsch-Regime, Lanny Davis. Der ehemalige Studienkollege und Berater beider Clintons arbeitet derzeit im Auftrag der honduranischen Bourgeoisie, dem Latin American Business Council, für die Anerkennung der Putschisten durch das Weisse Haus.

US-Militärs und Multis stützen das Putsch-Regime

Die Interessen des US-Imperialismus in Honduras sind vielschichtig. Hier liegt der wichtigste US-Militärstützpunkt in der Region, die Coronel Enrique Soto Cano Air Base. Ueber diese Militärbasis unterstützen die USA seinerzeit die verbrecherischen Contras in Nicaragua. Mit der auch nach dem Staatsstreich anhaltenden Unterstützung der honduranischen Armee unterstützt die USA das Putschisten-Regime Michelettis unzweideutig.

Hinter dieser Unterstützung des Putschistenregimes liegen aber auch ganz handfeste ökonomische Interessen des US-Kapitals. Der Grund für den Putsch gegen Zelaya war bekanntlich sein Wandel vom neoliberalen Hoffnungsträger zum fortschrittlichen Präsidenten, der den Mindestlohn von 126 auf 202 Euro erhöhte. Dage-

gen haben sich die amerikanischen Multis Dole Food und Chiquita im wahrsten Sinne des Wortes mit allen Mitteln gewehrt. Insbesondere Chiquita, besser bekannt unter seinem alten Namen United Fruit Company, kann auf einen reichen Erfahrungsschatz in Staatsstreich und Terror gegen die Bevölkerung zurück blicken.



Die Schallkanone im Einsatz gegen die brasilianische Botschaft in Honduras

Söldner schützen die honduranische Bourgeoisie

Auch in Honduras ist der Krieg gegen die Bevölkerung teilweise privatisiert worden. Laut einem UNO-Bericht sollen in Honduras kolumbianische Söldner der faschistischen AUC (Autodefensas Unidas de Colombia) aus Kolumbien die Putschisten bei der Repression gegen den Widerstand unterstützen. Dem katholischen Geistlichen Andres Tamayo liegen zudem konkrete Informationen vor, dass sich auch Söldner aus mittelamerikanischen Staaten und aus Israel im Land tummeln.² Aufhorchen lässt die Nennung von Israel, das mit seinem Geheimdienst Mossad über einen technologisch hochspezialisierten und absolut skrupellosen Dienst verfügt.

Als Schlüsselfigur nannte die ehemalige honduranische Aussenministerin Patricia Rodas den in Honduras ansässigen Israeli Yehuda Leitner, der als «Sicherheitsingenieur» die Firmen www.alfcom.hn und www.interseg.hn betreibt. Leitner beschreibt die Interseg selber als in Honduras führende Firma in Sachen «integraler Sicherheit». Dieser Sicherheitsbegriff ist sehr dehnungsfähig, darunter fällt offensichtlich auch der im September durchgeführte Gas- und Schallangriff auf die brasilianische Botschaft. Die dabei verwendete Schallkanone und das Pfeffergas soll laut Patricia Rodas Yehuda Leitner geliefert haben, dem enge Verbindungen zum Putschisten-Regime Michelettis nachgesagt werden. Ins Auge sticht auch ein weiterer Dienst, den die Interseg anbietet: Die Ausbildung von Sicherheitspersonal. Auf diesem Gebiet kann Leitner auf langjährige Erfahrungen zurück blicken. Früher arbeitete er für die israelische Firma ISDS, die in den 80er Jahren «Anti-Terror-Einheiten» und Todesschwadronen in Honduras und Guatemala ausbildete.

Heute Honduras, morgen ?

Die offensichtliche Verwicklung des US-Militärs und Teilen des US-Kapital in den Putsch von Honduras zeigt eines klar: Der US-Imperialismus wird keine Gelegenheit ungenutzt lassen, fortschrittliche Regierungen, die seine Interessen tangieren, zu Fall zu bringen. Der Wahl der Mittel sind keine Grenzen gesetzt, sie reichen vom offenen Krieg über verdeckte Sabotage bis hin zum Putsch. Entgegen der Darstellung in den hiesigen Medien handelt es sich beim entschlossenen Widerstand von Präsident Chavez gegen das US-Militärabkommen mit Kolumbien also keineswegs um eine hysterische Reaktion. Und, last but not least, ein wenig mehr Reaktion seitens der europäischen Linken gegen das Putschisten-Regime in Honduras wäre durchaus angesagt, ganz im Sinne des guten, alten proletarischen Internationalismus.

¹ Clinton gefordert. www.amerika21.de vom 26.11.09

² Kolumbianische Söldner in Honduras? Deutsche Welle 14.10.09



Afghanistan im Schengenraum

EUROGENDFOR Die EU hat eine Gendarmerie. Diese soll mit sämtlichen Kompetenzen ausgestattet sein und bei sozialen Unruhen im Innern der EU zum Einsatz kommen.

(az) Passt der Bourgeoisie das Resultat einer Volksabstimmung nicht, lässt sie immer wieder abstimmen, bis es passt. Wir sind uns das längst gewohnt. Für die irischen Leute, die den Lissabonner Vertrag im ersten Urnengang entschieden abgelehnt hatten, war es eine neue Erfahrung. Die Bandbreite, eine deutsche Band, verfasste einen Song und schickte ihn nach Irland mit der Bitte: Stimmt Nein für uns. Sie textete kurz und schlüssig:

«Aufstand und Aufruhr darf man niederschliessen, laut dem Vertrag ist das legales Blutvergiessen. Wenn irgendwas im Weg des Wirtschaftsinteresses liegt, stehen ihr alle Wege offen für den Angriffskrieg.»

Doch die Propaganda der Gegenseite war massiv, der Vertrag wurde angenommen, jetzt ist er irreversibel und das hat enorme Konsequenzen. Die EU steht für noch unternehmerfreundlichere Gesetzgebung und Gerichte als sie in Europa ohnehin schon gang und gäbe sind. Besonders aber steht sie für Aufrüstung. Das Kriegsbudget der EU wird jährlich erhöht. In einigen Jahren soll die EU eine ernstzunehmende Streitkraft sein, später mit den USA mithalten können: Die wirtschaftliche Kraft, die sie jetzt bereits ist, soll besseren militärischen Rückhalt bekommen. Krieg ist in der EU Programm. Zum Eurocorps, der von europäischen Ländern bestückten Militärtruppe, die in fernen Ländern die Interessen der imperialistischen Bourgeoisie durchsetzen soll, kommt nun die Eurogendfor hinzu. Der

Auftrag der Militärpolizei lautet: «Krisenmanagement». Damit zukünftig nicht der französische Soldat oder Polizist auf einen französischen Arbeiter schiessen muss, übernimmt dies ein Kollege aus dem Nachbarland. Den lokalen Polizeieinheiten wird in einem solchen Szenario die Kommandogewalt entzogen.

Flexible Kampftruppen für Ruhe und Ordnung

Im Kontext der Weltwirtschaftskrise und der drohenden Opel-Schliessung waren es vor allem die beiden gescheiterten SPD-WahlkämpferInnen Gesine Schwan und Frank-Walter Steinmeier, welche mit der Bedrohungslage sozialer Unruhen und Arbeitskämpfe hausieren gingen und dadurch – eher unfreiwillig – die gegenwärtige Medienaufmerksamkeit auf eine der radikalsten «Errungenschaften» des Lissabonner Vertrags gelenkt haben. Seit Ende September 2009 häufen sich in den deutschen Medien nun die Berichte, welche die Eurogendfor aus dem Umfeld der illustren Geheimorganisationen hervorholt und sie als das hinstellt, für das sie konzipiert wurde: eine flexible Kampftruppe für die Aufstandsbekämpfung. Frankreich schlug 2003 ein derartiges Militärpolizeicorps vor, nur ein Jahr später wurde der erste Vertrag unterschrieben. Mit dabei waren Frankreich, Italien, Spanien, Portugal und Holland. Inzwischen ist auch Rumänien hinzugekommen, Tschechien ist ein Partner und die Türkei hat den Status eines beobachtenden Landes. Sie ist ansonsten in der EU nicht uneingeschränkt willkommen, von dieser Abteilung wurde sie aber äusserst wohlwollend empfangen. Schliesslich hat sie gerade in diesen Fragen sehr viel Erfahrung und Know How, wovon die EU gerne profitiert. Nicht mit dabei ist hingegen Deutschland, denn das Grundgesetz verbietet einen Einsatz des Militärs

im Innern. Wolfgang Schäuble hat in seiner Zeit als Innenminister alle Hebel in Bewegung gesetzt, um diesen Missstand zu beheben, erfolglos. Eurogendfor könnte trotzdem eingesetzt werden. Die EU entscheidet, wo diese Polizeitruppe zum Einsatz kommt, das könnte im Extremfall sogar gegen den Willen einer einzelnen Regierung geschehen. Das ist im Falle Deutschlands eher unwahrscheinlich. Hingegen kann es im Falle eines unwillkommenen Regierungswechsels wertvoll sein. Die Eurogendfor ist in Italien stationiert, ihre Kommandanten lösen sich im zweijährigen Turnus ab, jetzt ist ein General der spanischen Guardia Civil im Amt.

«Die bisher gemachten Erfahrungen haben die Notwendigkeit einer Kommandostruktur auf operativer Ebene sichtbar gemacht, damit in Krisengebieten politische/strategische Führung in Polizeifragen implementiert wird. Die fünf Teilnehmerstaaten haben sich deshalb entschieden, ein dauerhaftes Kommandozentrale einzurichten, das aus einer multinationalen Belegschaft von ungefähr 30 Personen besteht und in Vicenza liegt.» (Übersetzung aus dem Englischen)

800 Militärpolizisten können innerhalb von 30 Tagen zusammengezogen und eingesetzt werden, weitere 2'300 sind im Bedarfsfall in Reserve. Sofern sie kommen, haben sie das Kommando und sind angehalten, nicht zimperlich zu verfahren. Neben ihrer Hauptaufgabe, der «Wahrung der inneren Sicherheit», sind ihre weiteren möglichen Aufgaben: Monitoring und Beratung lokaler Polizeieinheiten, auch der Kripo. Überwachung, Grenzpolizei und Geheimdienst, Verfolgung und Verhaftung, Ausbildung von Polizeioffizieren und Auszubildern.

Nachzulesen auf: www.eurogendfor.eu

Expeditionen im globalen Dschungel

INDIEN Bei Rieter werden weltweit Stellen abgebaut, auch in Winterthur. In Indien wurden kürzlich über 100 Arbeiter hinausgeworfen, obwohl Rieter dort die Produktion ausbauen will. Damit will Rieter mehr flexible Arbeiter ohne Kündigungsschutz einstellen können.

(az) Die weltweite Konkurrenz unter den ArbeiterInnen drückt auf die Löhne. Dem kann sich keine Firma, die sich mit ausländischen Konkurrenten auseinandersetzen muss, entziehen, und die Kunst, im globalen kapitalistischen Dschungel zu überleben, besteht darin, die richtige Mischung zwischen teurer hochqualifizierter und billiger Arbeit zu finden. Dabei spielen nicht nur die Löhne der direkt angestellten ArbeiterInnen eine Rolle, sondern auch der Zugang zum sogenannten informellen Sektor, sprich den vielen kleinen Zulieferfirmen, in denen unter unvorstellbaren Verhältnissen die zahlreichen Einkaufsteile hergestellt werden, aus denen jede Maschine auch besteht.

Die Schweizer Firmen, die sich ihrer Exportorientierung rühmen, sind da keine Ausnahme. Dazu gehört auch Rieter, die seit Jahren eine Fabrik in Indien (Wing bei Pune) und in China (Changzhou bei Shanghai) betreibt. An diesen Orten werden einfachere Maschinen

produziert, mit dem Ziel, immer mehr von der Produktion zu verlagern.

Rausschmiss der Arbeiter

Die Arbeiter in Wing streikten 2007 während mehrerer Monate, weil die Firma drei Leute entliess. Die Gewerkschaftsführung liess es auf einen Machtkampf ankommen, obwohl der Streik der Firma in die Hand spielte, da es wenig Arbeit gab und so die Löhne eingespart werden konnten. Nach Abschluss des Streiks wurde die grosse Mehrheit der Arbeiter wieder eingestellt, aber nicht mehr beschäftigt. Sie verbrachten die Tage in einer Baracke, bekamen aber ihren Lohn sowie die Mahlzeiten in der Betriebskantine. Mitte März 2008 wurden diese Arbeiter aus heiterem Himmel ausgesperrt, und ihnen wurde damit auch die weitere Bezahlung der Löhne verweigert. Mittlerweile werden die meisten Arbeiten von Angestellten erledigt, die keinen Kündigungsschutz haben oder von Temporärarbeitern. Der Firmenleitung ist anscheinend daran gelegen, diejenigen Arbeiter, die einen weitgehenden gesetzlichen Kündigungsschutz geniessen, loszuwerden.

Feudaler Kapitalismus

«Arbeiter» ist wohl in der indischen Arbeitsgesetzgebung eine festgelegte Kategorie, weniger aber in der sozialen Realität. Die grossen Textilfabriken

in Mumbai und Kalkutta sind in den Achtziger Jahr verschwunden, so dass die dort angestellten Arbeiter als Strassenhändler oder als prekär Beschäftigte ein neues Auskommen suchen mussten. Sie gehören damit wieder zum sogenannten informellen Sektor, in dem beinahe 95% der indischen ArbeiterInnen auf eine unglaubliche Art ausgebeutet werden.

Dieser marginale Status der ArbeiterInnen ist deshalb möglich, weil die meisten Leute auf dem Land nach wie vor sehr arm sind. Die neueren Industriegürtel befinden sich deshalb auch ausserhalb der Grossstädte, nahe genug, dass die Ingenieure und Manager aus der Stadt herausfahren können, aber weit genug weg, um von den tiefen Löhnen zu profitieren, die auf dem Land gezahlt werden. Dort finden sich nicht die «freien» Arbeiter, wie sie nach marxistischem Verständnis vorkommen, sondern der ländliche Kapitalismus mit feudalen Zügen spielt auch in die Fabrik hinein. Die Arbeiter bei Rieter (eine knappe Autostunde ausserhalb von Pune) werden von einer Gewerkschaft vertreten, die zur Shiv Sena gehört, einer rechtsextremen hinduistischen Partei, die für die Massaker an den Muslimen 1992 in Mumbai verantwortlich ist. Diese Gewerkschaft ist genau so korrupt wie die Politiker der Mutterpartei, und ein Abkommen mit der Gewerkschaftsführung hängt in erster Linie davon ab, wie viel die Firmenführung den Gewerkschaftsbönnen bezahlt.

Der Weg zur Hölle und die guten Vorsätze

PROTEKTIONISMUS Trotz der guten Vorsätze der kapitalistischen Wirtschaftspolitik, aus der «Grossen Depression» der 1930er Jahre zu lernen, hat die jetzige Krise zu einem steilen Anstieg des Protektionismus geführt.

(gpw) Während in der nordchinesischen Küstenstadt Dalian ein sog. «Sommer-Davos» abgehalten wurde, protestierte der Wirtschaftsminister Chinas gegen die 35%igen Strafzölle Obamas auf Importe chinesischer Autoreifen und drohte mit einer Klage bei der WTO. Diese benimmt sich wie eine Agentur der guten Vorsätze. Die führenden imperialistischen Länder hatten sich nach 1945 vorgenommen, aus den Erfahrungen der 1930er Jahre zu lernen. Damals war wegen einer gewollten protektionistischen Wirtschaftspolitik dieser Länder der Welthandel zusammengebrochen und die Krise verschärft worden, nachdem dieser sich vom Ersten Weltkrieg noch nicht wirklich erholt hatte.

Die WTO sollte also den Welthandel mit Gütern und Dienstleistungen erleichtern, indem Zölle und andere Handelshemmnisse abgebaut werden. Im Lauf ihrer Geschichte hat die WTO (früher GATT) mehrere Anläufe unternommen, um multinationale Abkommen und Regeln durchzubringen, die den Welthandel erleichtern sollen. Der vorletzte Anlauf, die sog. Uruguay-Runde (1986-1994), führte noch zu einem Ziel. Es wurde eine Schlichtungsstelle für Handelsstreitigkeiten eingerichtet, die es dem Land, das dort siegreich ist, erlaubt, sein Recht durch Gegenmassnahmen durchzusetzen.

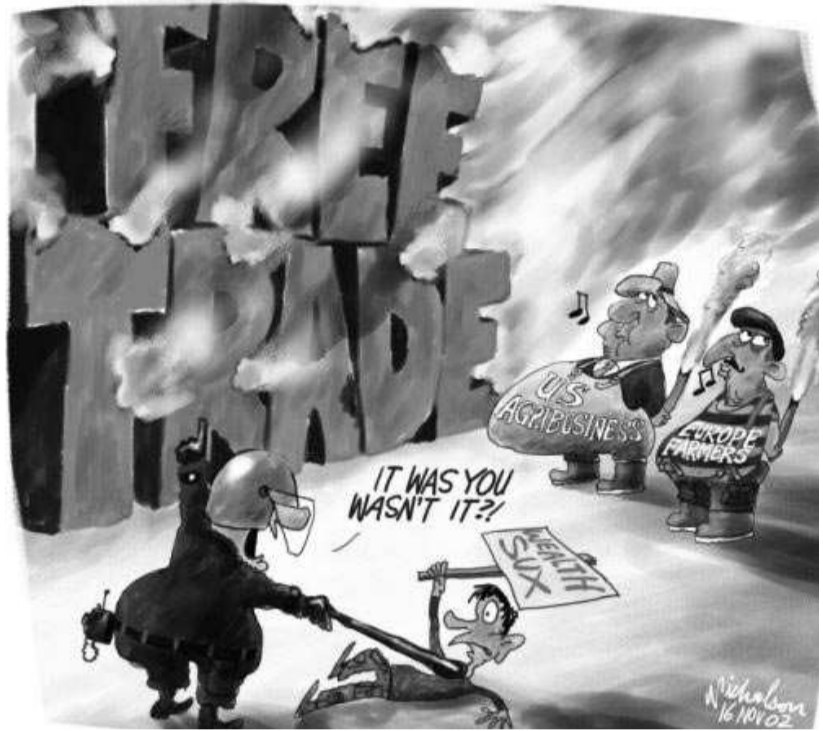
Die letzte Runde wurde 2001 in Doha lanciert und ist bis jetzt gescheitert. Daran änderten auch die jährlichen Bemühungen der Bundesräte Deiss und Leuthard nichts, die wichtigsten Akteure am WEF informell zusammenzubringen, um den Prozess voranzutreiben. Was ist der Grund?

Der Weg zur Hölle

Die chronische Kapitalüberproduktionskrise im Allgemeinen und der gegenwärtige Kriseneinbruch im Speziellen verschärfen die Konkurrenz unter den verschiedenen Kapitalfraktionen. Jede versucht auf

Kosten der anderen, die eigene Produktion zu stärken. Die einzelnen Länder setzen rücksichtslos die Interessen ihrer eigenen Banken und grossen Konzerne durch. In der zweiten Jahreshälfte 2008 ist die Zahl der Schlichtungsverfahren um 17%, im 2. Quartal 2009 um weitere 12% gestiegen¹. China klagt gegen die EU wegen Handelshemmnissen gegen seine Stahlprodukte und Indien wegen Behinderungen bei Medizinalprodukten; Deutschland beschwert sich gegen eine Klausel des US Repräsentantenhauses, wonach nur Autos von Ford, Chrysler und GM gekauft werden sollen. In einem 46-seitigen Papier listet WTO-Generaldirektor Pascal Lamy Hunderte von Regierungsmassnahmen aller Mitgliedsländer gegen die Krise auf, wobei der grössere Teil davon klar protektionistischen Charakter hat².

Die Farce um den Verkauf von Opel spricht Bände: Mit massiven Subventionen will Deutschland den Konzern an Magna verschachern, um den deutschen Standort möglichst zu retten, bis GM den ganzen Deal wieder rückgängig macht, weil die USA die europäische Technologie braucht. Im Rahmen der Finanzkrise richten die Regierungen die Rettungspakete ganz auf die Interessen der eigenen Geldhäuser aus. Der Angriff auf das Schweizerische Bankgeheimnis ist ein Krieg auf Leben und Tod zwischen den Finanzplätzen und zwischen den Staaten um Steuersubstrat. Der italienische Staat lässt keine Gelegenheit aus, die einmal mehr tölpelhaft agierenden Bundesräte Merz und Leuthard vorzuführen. Die Razzien gegen Schweizer Banken in Italien zeitgleich mit dem Besuch von Leuthard oder der Nichtempfang von Merz durch den italienischen Finanzminister Tremonti in Brüssel sind Beispiele für den Tiefstand der diplomatischen Beziehungen. Dass die Kriege um die Neuaufteilung der Welt Fortsetzung der Handelskriege mit anderen Mitteln sind, versteht sich von selbst.



«Du warst doch der Brandstifter!»

Instrument des Handelskrieges gegen den Trikont

Die wohlklingenden Vorsätze können nicht verschleiern, dass die WTO seit eh und je vor allem ein Instrument des Handelskrieges der Metropolen gegen die Länder des Trikont war und ist, um deren Rohstoffe billig zu halten oder ihren Export von Landwirtschaftsprodukten zu erschweren. Aber bei aller Zerstrittenheit untereinander sind sie sich einig, die Kosten der Krise auf das Proletariat zu überwälzen. Man hat also hier den mathematisch exakten Nachweis, warum die Kapitalisten, so sehr sie in ihrer Konkurrenz untereinander sich als falsche Brüder bewähren, doch einen wahren Freimaurerbund bilden gegenüber der Gesamtheit der Arbeiterklasse.³

- 1) Linke Zeitung 22. Oktober 2009
- 2) WTO: Press/554, 23 March 2009
- 3) Marx, Das Kapital Band III, 208

Zwischen Stuhl und Bank

SOZIALABBAU Der Abbau von Leistungen bei den Sozialversicherungen erhöht den Druck auf die kantonalen Sozialämter und die privaten Haushalte. Die tatsächlichen Kosten werden mit diesen Massnahmen nicht gesenkt.

(gpw) Gesundheitlich durch Schmerzen eingeschränkte AntragsstellerInnen für Renten aus der Invalidenversicherung (IV) sind häufig vor das Problem gestellt, dass sie vielleicht noch zwei bis drei Stunden in einer ihren Fähigkeiten und Einschränkungen angepassten Tätigkeit arbeiten könnten. In der zweiten Hälfte des Tages müssten sie sich jedoch schonen können, um am nächsten Tag wieder fit zu sein. Solche somatoformen Schmerzstörungen oder ähnliche Krankheiten, die sich nicht durch Röntgenbilder oder andere unumstössliche Dokumente beweisen lassen, führen immer seltener zu einer Berentung. Der Erhalt einer Rente scheitert daran, dass ein Teil der MedizinerInnen willens ist, ihre «Wissenschaft» den politischen Sparvorgaben anzupassen. Objektiv unbeweisbare, aber subjektiv begründbare Schmerzen werden von solchen GutachterInnen negiert und die PatientInnen zu LügnerInnen abgestempelt.

Der Bundesrat will diese Praxis in der anstehenden 6. IV-Revision nun gesetzlich verankern, psychogene Körperbeschwerden nicht mehr versichern und vor 2004 gesprochene Renten systematisch überprüfen, herabsetzen oder aufheben. Er stützt sich dabei auf die in medizinischen Kreisen äusserst umstrittene Meinung des Bundesgerichtes, dass schwere Schmerzstörungen «willensmässig überwindbar» seien. Offensichtlich soll in diesen Fällen der verfassungsmässige Schutz der psychischen und physischen Integrität ausser Kraft gesetzt werden. Auch der neu gewählte Ersatzrichter am Sozialversicherungsgericht Zürich, Erich Gräub, SVP, ist bekannt dafür, dass er SchmerzpatientInnen für SimulantInnen hält. Es wird gut erkennbar, dass das sogenannte «unabhängige» Bundesgericht nicht nur im

Strafrecht eine wesentliche Stütze der herrschenden Politik darstellt.

Gekauft wird, was Gewinn abwirft

Wem per IV-Verfügung eine Erwerbsfähigkeit formal aufgezogen wird, bleibt der Weg zur Arbeitsvermittlung. Für die KapitalistInnen sind Personen, welche nicht voll leistungsfähig sind, freilich nicht profitabel und Geschenke gibt es im harten Konkurrenzkampf keine. Zudem hat die Krise die Sockelar-



Arbeitslosenquote nach Kantonen, im September 2009 Quelle: seco

Auf dem Arbeitsmarkt nicht vermittelbare Personen fehlen

beitslosigkeit zementiert. Gesamthaftgesellschaftlich betrachtet, können gar nicht alle Arbeitssuchenden ihre Arbeitskraft verkaufen. Der angestrebte Leistungsabbau bei der IV führt nur zu einer höheren Anzahl an Arbeitslosen, womit zunächst die Arbeitslosenversicherung (ALV) gefordert ist.

Die ALV will jedoch ihrerseits Kosten einsparen. Noch vor dem Kriseneinbruch plante der Bundesrat diverse Änderungen über die im Nationalrat bald debattiert werden. Vorgesehen sind Leistungskürzungen

von Personen, die weniger als 18 Monate Beiträge bezahlt haben. Schul- und StudienabgängerInnen sollen erst nach 120 Tagen Leistungen beziehen, und zwar höchstens 90 statt bisher 260 Tage lang. Einkünfte aus Beschäftigungsprogrammen sollen keine Beitragszeit mehr generieren. Die damit erreichten Einsparungen liegen gemäss Seco bei angeblich 533 Millionen pro Jahr.¹

So bleibt für viele Arbeitslose und Ausgesteuerte nur der Gang zum Sozialamt oder die indirekte Übernahme der Kosten, indem sich der betroffene Haushalt so weit als möglich einschränkt. Den Einsparungen bei der ALV sollen gemäss Seco angeblich nur 77 Mio. Zusatzkosten bei den Sozialämtern gegenüberstehen, was darauf hindeutet, dass dieser privatisierte Anteil der Kosten nicht zu unterschätzen ist.

Kostenverlagerungen bringen keinen Arbeitsplätze

Die Kosten der Sozialwerke werden nicht durch «LeistungerschleicherInnen» oder «Scheinkranke» generiert. Das Hauptproblem liegt bei der struktur- und krisenbedingten Vernichtung adäquater Arbeitsplätze. Die Risiken dieser Erwerbslosigkeit und die damit verbundenen Kosten treffen freilich nicht die KapitalistInnen, sondern den Staat, bzw. die Steuern und Abgaben zahlende Bevölkerung. Diese wird mehrheitlich durch denselben Stellenabbau und die steigenden Krankenkassenprämien schon genügend gebeutelt, so dass die Kosten untragbar geworden sind. Im Bereich der Sozialversicherungen reagieren Bundesrat und Parlament reagieren mit kopflosen Regelungen in den einzelnen Bereichen. In der Gesamtbetrachtung werden damit aber lediglich mehr Arbeitslose und Ausgesteuerte produziert. Die Kosten werden nicht gesenkt, sondern von einem Sozialwerk auf das andere bis hin zum Sozialamt verlagert, wohl in der Hoffnung, dass am Ende immer mehr Arbeitslose und Erwerbsunfähige die Zeche selber bezahlen.

1 NZZ vom 2. November 2009



Willfähige Schweiz: Der grosse Vampir hat sie eingeholt.

Der untote Kapitalismus

KRISENANALYSE Widersprüchliche ökonomische Kräfte erschweren das Verständnis des gegenwärtigen Krisenverlaufs. Wir versuchen eine Zwischenbilanz.

(gpw) Die Lage muss verzweifelt sein, wenn ein konservatives Ökonomen-Treffen sich die Frage stellt, ob der Kapitalismus überleben kann¹. Unter diesem Titel tagte die fünfte Gottfried-von-Haberler-Konferenz im wankenden Steuerparadies Vaduz. Von Haberler war ein Konjunkturtheoretiker auf der Linie des neoliberalen Vordenkers von Hayek. Auch in der Linken erhalten Szenarien eines bevorstehenden Untergangs des Kapitalismus wieder Auftrieb. Das unvorstellbare Volumen wertlos gewordener Finanzkonstruktionen² scheint das zu rechtfertigen.

Yes, it can, tönte es unisono aus Liechtenstein, wo es vor allem um den Kampf gegen den «gierigen Staat» ging. Und auch im Alltagsbewusstsein macht sich ein gewisser Gewöhnungseffekt breit, obschon die Aussichten alles Andere als rosig sind. Trotz des sprunghaften Anstiegs der Arbeitslosenzahlen melden die bürgerlichen Medien schon wieder leicht steigende Wachstumsraten.

Der Hauptwiderspruch der Krisenentwicklung

Im Augenblick ist es nicht leicht, die Entwicklung zu verstehen. Einerseits ist das Wesen der Krise unverändert: Wegen zu niedriger Profite sind Investitionen in die private Produktion unrentabel, so dass sie nicht oder zu wenig erfolgen. Überkapazitäten müssen abgebaut, ArbeiterInnen massenhaft entlassen werden. Jede Kapitalfraktion kann nur auf Kosten der anderen wachsen respektive überleben, und so werden sie sich auch gegenseitig zu Vampiren. Eine nachfrageorientierte, keynesianistische Wirtschaftspolitik kann daran nichts ändern, weil sie dem Fall der Profitraten nichts entgegengesetzt. Die Möglichkeiten der Notenbanken, durch Zinssenkungen die Geldmenge zu erhöhen, waren in dieser Krise bald ausgeschöpft; sie mussten zu unkonventionellen Massnahmen greifen, um dieses Ziel zu erreichen: Aufkaufen von Ramschpapieren, aber auch von Staatsanleihen, Massnahmen, die als Ankurbeln der Notenpresse bezeichnet werden.

Andererseits haben die meisten imperialistischen Länder und insbesondere China klassisch keynesianistisch reagiert, mit nachfrageorientierten Impulsprogrammen, die zur Erhöhung der Staatschulden im Umfang von bis zu 10% des BIP (USA) führten³. Und das mit – natürlich nur relativem – Erfolg. Der befürchtete Zusammenbruch des globalen Finanzsystems wurde einstweilen vermieden, die Schlüsselindustrien können nach wie vor mit Krediten versorgt werden, die Börsen machten einen Teil der Verluste wieder wett, der private Konsum ist weniger stark eingebrochen als befürchtet, der Fall der Wachstumsraten wurde gebremst und zum Teil von niedrigem Niveau aus sogar leicht umgedreht. Die Arbeitslosigkeit steigt langsamer als Mitte der 1970er, Anfang der 1990er Jahre und ab 2001, die Zahl der Konkurse ebenfalls, sieht man mal vom Sterben vieler lokaler Banken in den USA ab⁴. Die Impulsprogramme der Schweiz sind zwar eher kosmetischer Natur, aber als exportorientierte Wirtschaft profitiert sie indirekt von den keynesianistischen Massnahmen der grossen Volkswirtschaften

Ursachen des Widerspruchs

Um es gleich vorweg zu nehmen: Dieser Widerspruch wird sich mittelfristig aufheben und die Kapitalüberproduktionskrise erneut in voller Schärfe und Klarheit hervortreten, wenn die kurzfristigen Effekte der Staatseingriffe verpufft sein werden. Die Ursache für diesen Widerspruch liegt in einem speziellen Aspekt der gegenwärtigen Krise, den wir bereits in aufbau 55 thematisierten: Es platzte auch eine auf Pump aufgeblähte Kosumblase. Der durchschnittliche amerikanische Haushalt hatte vor Krisenausbruch schon 10'000 \$ an privaten Schulden auf Kreditkarten, als Studienkredite und andere, auch abgesehen von den Hypothekenschulden. Dabei ging es nur am Rand um Luxuskonsum, sondern nur so konnte für eine Mehrheit der Bevölkerung der Lebensbedarf schlecht und recht finanziert werden.

Das Platzen dieser Blase ist der Hebel, an dem die nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik vorübergehend ansetzen konnte. Die privaten Schulden wurden durch staatliche ersetzt, um einen abrupten und schwer krisenverschärfenden Einbruch des privaten Konsums zu verhindern. Kurzarbeit wird staatlich subventioniert, damit Massenentlassungen möglichst herausgeschoben werden. Mit enormen staatlichen Geldern wurden Konkurse «systemrelevanter» Banken und Schlüsselindustrien – insbesondere im Automobilbereich – verhindert und entsprechend noch viel gravierendere Massenentlassungen hinausgeschoben. Die globalen Rüstungsausgaben stiegen während des ganzen bisherigen Krisenverlaufs. Das risikoscheu gewordene anlagensuchende Geldkapital fand entsprechende Anlagemöglichkeiten bei den geldhungrigen Staaten, was den Investmentbanken erneut grosse Gewinne bei der Emission der Staatsanleihen einbrachte.

Nicht nachhaltig

Abwrackprämien, Subventionierung von Kurzarbeit, staatliche Stützung von Schlüsselindustrien, Niedrigzinspolitik und «Notenpresse» haben alle ein absehbares Ende. Die Folgen werden stark steigende Massenentlassungen sein, ein erneuter Einbruch in die Investitionstätigkeit und ein Staat, der ein Heer von Staatsgläubigern, die von den Steuereinnahmen vorab ihre Zinsen beglichen haben wollen, zurücklässt. Dagegen wird es innerhalb des Kapitalismus nur ein Mittel geben: die Neuaufgabe der neoliberalen Wirtschaftspolitik mit Angriffen auf Löhne und Renten sowie eine verschärfte Politik der leeren Kassen. Ein indirekter Angriff auf Löhne und Renten ist dadurch möglich, dass die hohen Staatschulden durch gezielte Inflation «weggeschmolzen» werden. Vampire sind unverwundete Leichen, die von den Betroffenen aufgefunden und aktiv vernichtet werden müssen. Von selbst wird der Kapitalismus nie untergehen.

¹ S. NZZ 28.09.2009

² Das Volumen aller ausserbörslich gehandelten Derivate soll 605 Bio \$ betragen, d.h. das 40-fache des Bruttoinlandsprodukts der USA, NZZ 16.11.09, S. 19.

³ Die USA meldeten am 16.10.09 ein Defizit von 1,417 Billionen \$ für das soeben abgelaufene Haushaltjahr.

⁴ Bis jetzt sind es 115 Banken; am 31.10.09 waren es allein 9, was die staatliche Einlagenversicherung FDIC 2,5 Milliarden kostet, NZZ 2.11.09.

KOMMENTAR

Die WTO als Instrument der mächtigsten imperialistischen Fraktionen zeigt mit ihrem Versagen klar die Grenzen der weltweiten bourgeoisen Zusammenarbeit auf. In der Krise, und das gilt nicht erst seit dem derzeitigen gewaltigen Ausbruch, versuchen sie nicht nur, die Kosten auf das Proletariat abzuwälzen, sondern die verschiedenen Kapitalfraktionen bekämpfen sich gegenseitig bis aufs Blut, damit jede auf Kosten der anderen reicher und mächtiger wird, trotz WTO, WEF und allen anderen Treffen der imperialistischen Bourgeoisie oder ihrer VertreterInnen.

Deshalb sitzt die wirkliche Macht nicht bei diesen Institutionen, sondern in den Zentralen der internationalen Konzerne und dort, wo der Besitz an ihnen konzentriert ist, also bei den Hauptsitzen von Nestlé, ABB, Novartis, Roche oder bei den Grossbanken und Versicherungen. Uns interessieren die Widersprüche, die die verschiedenen Kapitalfraktionen untereinander haben nicht, um uns auf die eine oder andere Seite zu schlagen, sondern um die Bewegungen innerhalb dieser Widersprüche zu verstehen, um die Angriffe der Bourgeoisie gegen das Proletariat oder gegen eine der anderen Kapitalfraktionen richtig einschätzen und richtig interpretieren zu können.

Das sind die Gründe, weshalb der proletarische Internationalismus auf der Grundlage der Kämpfe im «eigenen Land» aufzubauen ist. Dies bedeutet in erster Linie, den Kampf gegen das Kapital im eigenen Land zu führen, in Verbindung mit den antikapitalistischen Kämpfen international. Gegen ein Kapital, das längst über alle Landesgrenzen hinweg agiert, das sich international immer auf der Suche nach besseren Ausbeutungsbedingungen befindet, die Gewinne dann aber ins eigene Land zurückführt. Auch den Konzernen in der Schweiz ist nicht entgangen, wie stark sich die Wirtschaft in ehemaligen oder aktuellen Trikontländern entwickelt hat, und sie versuchen, sich ein Stück vom Kuchen abzuschneiden.

Die generelle ökonomische und politische Krise des Kapitals können sie nur mit ihren alten Rezepten bekämpfen: Verschärfung von Ausbeutung und Unterdrückung, Lohn- und Sozialabbau, reaktionäre Hetze, Repression und Kriegstendenz.

Wir geben uns also nicht der Illusion hin, die Zerschlagung oder die Vertreibung der WTO oder des WEF's als einzelne Institutionen könnten etwas ändern. Es geht uns nicht darum, nur einzelne Ziele dieser Institutionen zu verhindern oder anzugreifen, und nicht nur darum die schlimmsten Auswüchse zu bekämpfen, sondern die Grundlage ihrer Existenz zu zerschlagen, die kapitalistische Produktionsweise. Unseren Widerstand gegen die WTO und gegen das WEF müssen wir daher in den Kontext der international geführten Kämpfe gegen den Kapitalismus stellen, für eine kommunistische Perspektive. Letztlich wird sich nur etwas ändern, wenn die Enteigner enteignet werden, der Privatbesitz an Produktionsmitteln abgeschafft wird.

Generalstreik in Basel und Zürich 1919

GESCHICHTE DER ARBEITERINNEN-BEWEGUNG **Vor rund 90 Jahren kam es in Basel zu einem Generalstreik. Mit einem Militäreinsatz wurde er blutig niedergeschlagen. Fünf Menschen wurden dabei erschossen und viele verletzt.**

(agkk-bs) Die Not in der Basler Bevölkerung war damals enorm. Im Juli 1919 waren über 21000 Personen notstandsberechtigt. Der Reallohn war zwischen 1914 und 1919 um etwa 30 Prozent gesunken, da während des Ersten Weltkrieges die Preise stark anstiegen, die Löhne aber nicht annähernd mithielten. 1918 fand der landesweite Generalstreik statt, der von der Gewerkschaftsführung verraten wurde, im Jahr darauf wurde in Basel und Zürich noch einmal der Generalstreik ausgerufen. Es war die Zeit des grossen Umbruchs und ein nicht unbedeutender Teil der ArbeiterInnen, auch in der Schweiz, hatte durch die sozialistische Revolution in Russland grosse Hoffnungen auf einen baldigen Sturz der Bourgeoisie. Denn nicht nur in Russland bewegte sich das revolutionäre Proletariat. In Berlin wurde die Räterepublik ausgerufen und im Januar Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet. In Bayern gab es im Frühjahr eine starke revolutionäre Bewegung und in Ungarn wurde im Sommer eine Räterepublik gegründet.

Momentaufnahme

Der Augenzeuge Paul Thalmann in seinen Lebenserinnerungen: «In einem schweigenden Marsch, gesenkte rote Fahnen voran, begab sich eine grosse Menschenmenge vor die Kaserne, wo das Militärkommando seinen Sitz hatte. Das Kasernentor war geschlossen, dahinter standen schussbereite Soldaten. (...) Der Offizier hatte keinen Befehl, lehnte ab und verlangte, die Leute sollten sich vom Kasernentor zurückziehen, sonst müssten seine Soldaten von der Schusswaffe Gebrauch machen. Wütende Empörung packte uns, wir rüttelten am Tor, einige versuchten hinüberzusteigen. H.L. riss sein Hemd auf und schrie den Soldaten zu: «So schiesst doch!» Sie schossen.»

Färbereistreik als zündender Funke

In Basel war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, eine Aussperrung von Arbeitern in einem Färbereibetrieb. Nach einer Protestaktion gegen die absolut prekären Arbeitsverhältnisse wurden die Arbeiter ausgesperrt. Als die Bosse des Betriebes sich weigerten, die Färber wieder einzustellen, erhielten diese Unterstützung von den restlichen Färbereien in Basel und schon bald traten alle Basler Färbearbeiter in den Streik. Diese Situation haben die Arbeiterunionen von Basel und Zürich, die beiden Zentren der revolutionären Arbeiterschaft, als Chance gesehen, eine grosse Streikbewegung zu initiieren.

Am folgenden Tag, dem 30. Juli, wurde an einer Sitzung des Arbeiterbundes beschlossen, die Färbearbeiter zu unterstützen. Noch am selben Tag wurde der Generalstreik in Basel ausgerufen. Es sollte jedoch nicht nur ein Unterstützungstreik werden, sondern ein Streik, der die Interessen der gesamten Arbeiterschaft ins Zentrum stellt. So waren denn auch die Forderungen allgemein: Senkung der Preise für Grundgüter, Anhebung der Reallöhne sowie Maßnahmen gegen den Mietzinswucher.

Am 31. Juli legten die Streikenden Betriebe still, in denen noch gearbeitet wurde. Es kam zu ersten Zusammenstössen mit der Polizei, und auch das Militär war in den Strassen schon präsent. In der Innenstadt kam es zu grossen Menschenansammlungen, die mit Warnschüssen immer wieder aufgelöst wurden. Diese «Warnschüsse» verursachten die ersten Verletzten.

Blutvergiessen auf dem Claraplatz

Der 1. August 1919 sollte dann als schwarzer Freitag in die Basler Geschichte eingehen. Den ersten Toten gab es an diesem Tag, als DemonstrantInnen einen Militärwagen mit Steinen bewarfen. Dieser holte vier weitere Lastwagen bei der Kaserne. Wieder zurück eröffneten die Soldaten auf dem Claraplatz das Feuer auf die Masse. Kurz darauf wurde eine Frau niedergeschos-



Militärlastwagen rollen auf den Claraplatz

sen, die ihr Kind von der Strasse holen wollte; die Soldaten hatten sie für ein «rotes Flintenweib» gehalten. Die Militärwagen fuhren dann die Rebgasse entlang, in der sie weiter wild umherschossen. Derweil trug ein Teil der DemonstrantInnen den Toten zur Kaserne und verlangte dort, dass dieser in der Kaserne aufgebahrt werden solle. Plötzlich schossen die Soldaten in die Menge, drei Menschen wurden im Kugelhagel getötet, Dutzende verletzt.

Die erhoffte Unterstützung der restlichen Schweiz blieb aus. Der Streik brach nach acht Tagen in Basel und nach vier in Zürich u.a. wegen der massiven Repression zusammen. Keine der Forderungen wurde erfüllt, im Gegenteil: Über 500 Arbeiter wurden entlassen, die Regierung richtete eine schwarze Liste ein (wer auf ihr fungierte, hatte keine Aussicht auf eine Anstellung mehr), und die Redaktion der Zeitung «Vorwärts» wurde militärisch besetzt. Ein wichtiger Grund für die Niederlage war auch die Zurückhaltung der Sozialdemokratie und die damit zusammenhängende schlechte Ausdehnung des Streiks ausserhalb der kämpferischen Zentren. Der Reformismus erstarkte und mit ihm natürlich der bürgerliche Staat. Diese Entwicklung innerhalb der ArbeiterInnenbewegung musste zur endgültigen Spaltung führen, auf der einen Seite die Sozialdemokratische und auf der anderen Seite die Kommunistische Partei.

CHRONOLOGIE DER ARBEITSKÄMPFE

16.09.09 - Indien

In Karnataka haben am 16. September zehntausende Tagelöhner für sicherere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne demonstriert. Die Polizei ging vielerorts brutal gegen Demonstrierende vor, es gab dutzende schwer verletzte und mehrere tausend DemonstrantInnen wurden verhaftet. Alleine in diesem Bundesstaat arbeiten rund 15 Millionen Menschen in verschiedenen Sektoren unter sehr unsicheren Arbeitsbedingungen.

22.9.09 - Kambodscha

In Saang, Kandal begannen mehr als 2000 ArbeiterInnen der Fortune Garment and Woollen Knitting Company am 22. September einen Streik. Sie kämpften für höhere Löhne, die Einführung von Pausen sowie bezahlten Mutterschaftsurlaub. Vor zwei Jahren hatte es in diesem Betrieb bereits einen Arbeitskampf gegeben, der allerdings von der Polizei niedergeschlagen worden war.

03.10.09 - Indien

Am 3. Oktober trat die Belegschaft von RICO AUTO im indischen Gurgaon in Streik. Ihre Forderungen sind mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Am Sonntag, den 18. Oktober versuchten sie, eine Gruppe von Streikbrechern am Betreten des Fabrikgebäudes zu hindern. In der darauf folgenden Auseinandersetzung mit Sicherheitskräften und Streikbrechern eröffnete die Polizei das Feuer auf die Arbeiter, einer wurde getötet, rund 40 weitere verletzt.

Diese brutale Repression löste eine Protestwelle aus, und am Dienstag, den 20. Oktober blockierten rund 100'000 ArbeiterInnen in der Region Autobahnen und Fabriken, die Belegschaften von vielen anderen Fabriken solidarisierten sich mit dem Kampf der ArbeiterInnen von RICO AUTO.

12.10.09 - China

In Baijiamao, Shanxi sollte eine Kohlemine an ein Grossunternehmen verkauft werden. Die Dorfbewohner wehrten sich, da diese Mine Kollektivbesitz war. Die Firma schickte darauf 100 Schläger in das Dorf, die brutal gegen die Bevölkerung vorging - Bilanz: 4 Tote, 14 Verletzte. In der darauf folgenden Untersuchung wurden 14 mutmassliche Organisatoren des Massakers sowie 29 Schläger festgenommen, ein Chef der verantwortlichen Firma hat inzwischen Selbstmord begangen.

15.10.09 - Puerto Rico

Am 15. Oktober fand in Puerto Rico ein Generalstreik statt, zu dem von militanten Gewerkschaften aufgerufen wurde, dem sich jedoch bald alle Gewerkschaften in Puerto Rico anschlossen. Grund für die Proteste war die Entlassung von 25'000 Angestellten im öffentlichen Dienst, sowie die Absicht der rechtsgerichteten Regierung, den öffentlichen Sektor weiter zu privatisieren. An der grössten Kundgebung beteiligten sich rund 200'000 Personen, Proteste an der Universität Puerto Rico (UPR) zwang die Regierung, diese für eine Woche zu schliessen. Vergleichbare Proteste gab es in Puerto Rico bereits 1998 als die Regierung den Telekommunikationssektor privatisieren wollte.

19.10.09 - Deutschland

Am 19. Oktober startete in Deutschland ein zehntägiger Streik der Gebäudereiniger. Landesweit fanden Aktionen, Kundgebungen und Demos statt. Auf dem Campus der freien Universität Berlin kam es beispielsweise zu einer Kundgebung und Spontandemo, an der sich viele Studierende mit den Streikenden solidarisierten.

Der Arbeitskampf im 860'000 Angestellten fassenden Sektor wurde geführt um Lohnerhöhungen zu erreichen, am 29. Oktober einigte sich die Gewerkschaft IG BAU und die Arbeitgeber denn auch auf einen neuen Tarifvertrag.

07.11.09 - Südkorea

In Seoul haben zwischen 60'000 und 150'000 Gewerkschaftsanhänger gegen die geplante Änderung des momentan gültigen Gewerkschaftsgesetzes demonstriert. Gemäss dem neuen Gesetz wäre es Arbeitgebern verboten, hauptamtlich arbeitenden Gewerkschaftlern Lohn zu bezahlen und sich gegenseitig konkurrierende Gewerkschaften in Betrieben würden erlaubt werden.

11.11.09 - China

Im chinesischen Haikou streiken rund 3000 ArbeiterInnen in einer Textilfabrik des deutschen Investors Triumph. Einen Teilerfolg haben sie bereits errungen: Das Management hat seinen Plan, die Bonuszahlungen an die ArbeiterInnen zu streichen, bereits zurückgezogen. Der Arbeitskampf geht jedoch weiter, für Lohnerhöhungen auf das Niveau des nationalen Mindestlohnes, Urlaub nach gültigem Arbeitsgesetz und die Abschaffung unverhältnismässiger Geldstrafen.

16.11.09 - Finnland

Am Montag, den 16. November traten die rund 800 Piloten der Finn Air in einen unbefristeten Streik. Dies, nachdem Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaft und dem halbstaatlichen Unternehmen gescheitert waren. Der Flugverkehr der finnischen Fluggesellschaft wurde durch den Streik komplett lahmgelegt.

Kanada

Bei der brasilianischen Bergbaugesellschaft Vale Inco in Kanada streiken seit 19 Wochen rund 3300 ArbeiterInnen. Sie wollen damit ihre Löhne und Arbeitsbedingungen verteidigen. In den Standorten Sudbury, Port Colborne und Valey's Bay ist damit die Produktion weitgehend lahmgelegt.

«Eins auf die Brust, Eins auf die Schläfe»

INTERVIEW MIT EMMELY TEIL II **Emmely streikte als Verkäuferin bei Kaiser's, worauf sie nach 31 Jahren Anstellung per «Verdachtskündigung» entlassen wurde.**

(agfk/az) Im ersten Teil des Interviews (aufbau 58) erzählte Emmely von der DDR und den Veränderungen der Arbeitsbedingungen nach der Wende. In diesem Teil fragen wir nach der grossen Solidarität, welche ihr Kampf gegen die Entlassung geniesst, und nach der Rolle der Gewerkschaften. Im Gespräch mit dabei ist auch Carol, eine Vertreterin der Solidaritätsgruppe Emmely.

Ihr habt eine Gruppe bei Kaiser's gegründet, kannst du davon berichten?

E: Die Frauen kamen von verschiedenen Filialen aus dem Ost- und aus dem Westteil von Berlin. Alles Einzelkämpferinnen, wie ich. Zehn Frauen, die ständig da waren und andere kamen immer wieder. Wir wurden gewerkschaftliche Vertrauensleute, also eine Betriebsgruppe. Wir hatten ein Konzept, jeden zweiten Monat gab es ein Treffen. Die Gewerkschaft wurde von uns informiert. Wir wollten noch die Sache der Vertrauensleute durchziehen und die hat der Betriebsrat aber komplett verhindert. Das ist nur noch auf dem Papier, da gibt es keine konkreten Ansagen, so wie wir uns das gedacht haben. Wir hatten ja versucht, die anderen Mitarbeiter ins Boot zu holen, um aufzuarbeiten, welche Probleme es bei Kaiser's gibt. Wir wollten, dass die Betriebsgruppe grösser wird und dass man sich gemeinsam wehrt. Dem Betriebsrat hat das aber nicht gepasst. Die haben sich dann die Frauen von der Betriebsgruppe explizit vorgenommen. Es wurde uns gedroht: Da gab es eins auf die Brust, eins auf die Schläfe oder verbal eins drauf.

Bei der Vertrauenskörperwahl hat der Betriebsrat zusammen mit Kaiser's die Teilnahme der KollegInnen verhindert. Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, dann sind die vom Betriebsrat in die einzelnen Filialen gegangen und haben gesagt, die KollegInnen sollen zur Wahl kommen. Und gleichzeitig hat man aber den TeamleiterInnen gesagt: «Den oder die möchten wir aber auf keinen Fall dort haben, der hat dann Spätschicht oder was anderes zu tun, wenn wir diese Versammlung haben.» Von den 20 KollegInnen, die sich melden wollten, konnten nur zwei sich aufstellen zur Wahl. Dabei hat erst unsere Betriebsgruppe angeregt, dass es überhaupt solche Vertrauenskörper gibt.

Kaiser's hat also zur gewerkschaftlichen Wahl der Vertrauenskörper aufgerufen und hinter den Kulissen haben sie mit der Gewerkschaft Hand in Hand dafür gesorgt, dass die Betriebsräte auch gleichzeitig die Vertrauensleute wurden?

E: Ja, indem sie die Leute nicht zur Wahl haben kommen lassen.

Bei diesen Aktionen von Seiten der Gewerkschaft und der starken Repression ist es schwierig, sich zu organisieren. Was habt ihr später noch versucht und wie ist es euch ergangen?

E: Die, die immer wieder gesagt haben, wir müssen was machen, wir können gemeinsam was machen, wurden als erstes entlassen. Da ist jetzt keiner mehr da, der noch diesen Antrieb gibt. Unser Ziel war es, gemeinsam in den Betriebsrat zu gelangen. Wir wollten da was verändern. Der Betriebsrat regt sich doch nur, wenn es um die Wahl geht. Dann werden die Listen aufgestellt und dann geht man ein oder zweimal in die Filialen und schaut rein «Hallo wir sind noch da! ist noch alles schick und habt ihr irgendwas?» Ja und wenn die Wahl dann vorbei ist, ist wieder zappenduster, da passiert ja nichts. Wir wollten auch wissen, ob überhaupt alle informiert sind, was die Betriebsratsarbeit und die Vertrauensleute sind und ob wir die Leute noch mehr in die Gewerkschaften einbinden können. Die meisten wissen nicht, dass es dort

z.B. Bildungsseminare gibt. Die zahlen einfach ihr Gewerkschaftsgeld und wissen nicht, was es für Angebote gibt.

Wir hatten auch schon das eine oder andere Thema, Kassen zum Beispiel sind ein grosses Thema: Was muss man alles an der



Kaiser schießt gegen die Angestellten. Wir schießen scharf zurück.

Kasse beachten, damit man keine Repression kriegt, damit keiner sagen kann, das und das sei falsch gemacht und deshalb kündigen kann? Andere Themen waren: Wie geht man mit dem Kündigungsschutz um? Oder: Was hast du für Vorteile, wenn du in einer Gewerkschaft bist oder wie geht man damit um, wenn man zu einem Gespräch eingeladen wird, wenn du gerade nicht den Betriebsrat zur Seite hast? Wie ist das mit den Arbeitszeiten, ist das alles richtig so? Fühlen sich die Leute verarscht, unter Druck gesetzt? Es gab ganz viele Themen, aber der Betriebsrat wollte ganz klar nicht, dass diese aufgeklärt werden.

Vor allem Frauen arbeiten im Niedriglohnsektor Verkauf. Denkst du, dass Männer vielleicht eher informiert sind oder in die Gewerkschaft eingebunden werden als Frauen?

E: Auf der einen Seite Nein. Für uns war es klar, im Streik zusammenzustehen mit den KollegInnen von REAL, Schlecker und Lidl. Der Punkt ist, dass überall die Betriebsratsarbeit erschwert oder unterbunden wird. Die KollegInnen trauen sich nicht mehr, viele werden absichtlich nicht informiert und kennen somit ihre Rechte und Pflichten nicht. Und da muss ich deine Frage mit Ja beantworten, denn es gibt viele ganz junge Frauen, die das nicht anders kennen. Nach der Lehre hast du auf deinem Beruf nicht weitergearbeitet, du hast dir einen Job gesucht, dann hast du dein Kind bekommen, dann hast du da und dort ein bisschen gejobbt. Die Frauen sind alle nicht Langzeitbeschäftigte, das ist der Unterschied zu den Männern.

Hat der Solikreis, welcher dich im Kampf gegen deine Entlassung unterstützt hat, Kontakte zu anderen KollegInnen, denen ähnlich Kündigungen widerfahren sind?

E: Ja. Nach den einzelnen Teilschnitten des Gerichtsverfahrens haben sich doch etliche gemeldet, die ähnliche Situationen erlebt haben. Sie sind auf mich zugekommen. Im Moment sind es 85 Fälle, die wir kennen. Ein Fall war jetzt der Handyfall. Der Kollege hat seinen Akku für 0.00014 Euro auf der Arbeit aufgeladen. Oder eine Lehrerin, die vor Gericht geht, weil sie angeblich drei Stück Kreide geklaut hat. Oder der Müllmann, der ein Kinderbett aus dem Müll mit nach Hause genommen hat. Oder der Verkäufer, der Kompostabfälle für seine Hasen eingepackt hat.

Viele fragen, wie man sich verhalten könnte und sie würden es auch gerne an die Presse bringen. Andere haben über labournet.de über den Fall von mir gehört und wenden sich direkt an den Solikreis, um an Adressen, Links etc. zu kommen. Wir vernetzen uns so und können Kontakte sammeln.

Dein Fall ist gross in den Medien. Warum?

E: Das macht die Krise, die sensibilisiert. Solche Fälle zeigen Wirkung. 1.30 Euro bei 31 Jahren beschäftigt. Oder wie bei Ernst G. in der Schweiz: 39 Jahre beschäftigt und 55 Jahre alt. Das bleibt in den Köpfen hängen, jedem könnte das passieren. Vor Gericht wird schon nach der Verhältnismässigkeit gefragt. Bei mir haben sie das aber total ausgeklammert. Mit der Petition versuchen wir zu begründen, dass sie die Verhältnismässigkeit gerade nicht berücksichtigt haben.

C: Emmely ist Sympathie-Trägerin. Sie steht für die

Ost-Geschichte, für die abgewickelte DDR. Du bist eine Arbeiterin aus der DDR, ein Symbol für tausende DDR-BürgerInnen, die zu den VerlierInnen zählen, gerade aus deiner Generation.

Die Emmely-Kampagne ist die erfolgreichste Medienkampagne in der letzten Zeit, wo keine grosse Gewerkschaft und keine Partei dahinter steht.

Die Kampagne hat genau den Zeitgeist getroffen, die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit in Zeiten der Wirtschaftskrise und dem Bankencrash.

Carol, kannst du uns kurz deinen wichtigsten Eindruck aus der Solidaritätsarbeit erzählen?

C: Ein Problem ist meiner Ansicht nach die Distanz zur Basis. Die Arbeit des Solikreises hat sich auf die juristische Schiene beschränkt, anstatt die Basis zu gewinnen, um mit dieser mehr zu erreichen. Es geht ja im Grossen und Ganzen um das Thema Verdachtskündigungen und es geht um alle KollegInnen. Es gab auch vereinzelt Versuche, mit den KollegInnen Kontakt aufzunehmen und zusammen etwas zu bewirken. Wir sind in die Filialen rein und haben mit den KollegInnen gesprochen. Zum grossen Teil sind es Intellektuelle, die da politische Arbeit machen und die KollegInnen sind ArbeiterInnen. Es besteht schlichtweg eine Schwierigkeit, miteinander zu reden.

Eine linke Kampagne, die sich allein auf öffentlichen und medialen Druck stützt, stösst an Grenzen. Ohne eine reale Gegenmacht aufzubauen, entsteht kein Druck. Diese erreiche ich aber nicht über die Medien, die erreiche ich aber, wenn Hunderte vor dem Betrieb stehen, die erreiche ich, wenn UPS Fahrer den Transport von Kaiserwaren verweigern oder wenn sich 100 Leute vor das Zentrallager stellen und die Auslieferung verhindern. Solche Dinge sind in Deutschland noch utopisch. Bei INNSE in Italien war es möglich, du kannst reale Gegenmacht erzeugen.

Trotz aller Erfolge zeigt die Kampagne die Grenzen einer links-reformistischen Politik, einer Politik, die an den Rechtsstaat glaubt.

Die Gegenseite reagiert, was jetzt passiert, ist eine koordinierte Kampagne die Emmely fertig machen will. Was die Medien jetzt ausstrahlen, zeigt, zu welchen Mitteln die Gegenseite greift. Da gibt es Verbindungen von der Kaiser's-Zentrale zu Repräsentanten des Arbeitsgerichtes. Eine Schmutzkampagne ohne Rücksicht auf Verluste.

Aber was ich spannend finde: Vor 20 Jahren wäre so eine Gegenkampagne das Ende unserer Kampagne gewesen. Das ist es heute nicht mehr so.

E: Ich geniesse noch genügend Sympathie und die Solidarität ist gross. Schaut ins Internet. Was ich nochmals ganz speziell rausgeben möchte, alles was ich auch in all den Jahren erlebt habe, in meinem Beruf, er war trotzdem mein Leben. Es hat mir immer Spass gemacht. Wenn ich die Chance hätte, hoffe ich, dass ich irgendwann wieder bei mir an der Kasse sitzen kann.

Ich weiss, das ist eine Illusion, aber man darf ja mal träumen. Und wenn man sich das fest einbildet, vielleicht wird es eintreffen.

mehr Informationen zum Streik und zur Kampagne auf www.labournet.de



Uni Zürich: Eine unglaubliche Dynamik

ZÜRICH Auch bei uns regt sich was an der Universität. Nun wäre der Schritt von der spontanen Bewegung zur kontinuierlichen Organisation sinnvoll.

(agkk) Auch in Zürich hat sich eine Vollversammlung der Studierenden am internationalen Tag der Studierendenproteste (17. November) dazu entschlossen, den grössten Hörsaal der Uni Zürich zu besetzen und sich damit der globalen Bewegung «Our education is not for sale» anzuschliessen. Der Entschluss fiel spontan und wurde vor allem von Studierenden getragen, die vorher noch nicht politisch aktiv in Erscheinung getreten waren. Eine unglaubliche Dynamik entwickelte sich. Leute, die bisher eher als Konkurrenten denn als Verbündete nebeneinander im Hörsaal sassen, fanden zusammen und diskutierten über die Zukunft der Bildung und darüber hinaus, bastelten Flyer und Transpis oder kochten in der Gemeinschaftsküche. Auch die Solidarität aus der Bevölkerung, von Organisationen und Gewerkschaften und auch von einer ganzen Reihe Lehrender war beeindruckend.

Auch wenn es bis Redaktionsschluss (26. Nov.) nicht so aussieht, als dass die Bewegung ihre Ziele (Bologna kippen, keine Studiengebühren, freie Lehre und Forschung usw.) kurzfristig durchsetzen kann, ist sie doch ein grosser Erfolg. Vor allem durch die Wirkung gegen innen. Die Studierenden haben sich nach einem langen politischen «Dornröschenschlaf» energisch wieder zu Wort gemeldet und gemeinsam die Erfahrung gemacht, dass man nicht jede «Reform» einfach so hinnehmen muss, sondern sich auch wehren kann. Die Aktion hat das politische Bewusstsein von sehr vielen Studis geweckt und in der ganzen Gesellschaft eine Diskussion angestossen. Eine Diskussion über den aktuellen Um-



Im besetzten Hörsaal B-10 aka Gumiberlisaal: Frontalunterricht sieht anders aus

bau der Hochschulen, aber auch darüber, ob es möglich bzw. legitim ist, sich zu wehren gegen Kürzungen und Rationalisierungen. Dass sich die Studierendenbewegung auch für die Arbeitsbedingungen der Angestellten der Uni engagierte und sich den Protesten gegen den WTO-Gipfel in Genf angeschlossen haben, zeigt auch, dass der Blick der beteiligten Studis über den universitären «Elfenbeinturm» hinaus reicht.

Von der Dynamik zur Organisation

Später wird sich die Bewegung aber auch daran messen müssen, was von ihr übrig bleibt. Der Umbau der Universitäten und der gesamten öffentlichen Einrichtungen geht weiter, und es werden neue Angriffe kommen. Der just während der Besetzung bekannt gewordene Vorschlag einiger Parteien zur Erhöhung der Studiengebühren im Kanton Zürich ist ein gutes Beispiel dafür. Es gilt nun Strukturen aufzubauen, die

über die Besetzung hinaus aktiv und vernetzt bleiben, damit die Erfahrungen aus dieser Bewegung weitergegeben werden können. Auch muss die aufgebaute internationale Vernetzung aufrecht erhalten werden. Auf die Euphorie der Bewegung darf nicht der «Kater danach» folgen, den Constantin Seibt im Tagesanzeiger (20. Nov.) prognostiziert und den er bei der «Unitopie»-Bewegung 1989 am eigenen Leib erfahren hat. In dieser Hinsicht ist Zuversicht erlaubt. Auch wenn sich die Studis unter dem steigenden Druck durch die Unileitung nicht einig sind, ob sie die Stärke haben, unbefristet weiter zu besetzen, so sind sich doch alle einig, dass die Arbeit in den verschiedenen Arbeitsgruppen weitergeführt werden muss. Was die spontane Bewegung schon jetzt in den Köpfen bewirkt hat, kommt am besten mit den Worten einer Aktivistin zum Ausdruck, die in einer Diskussion sagte: «In der letzten Woche habe ich hier mehr gelernt als in meinem ganzen bisherigen Studium.»

Zwischen Fondue und Havanna Club

VERNETZUNG Vom 6. bis 8. November trafen sich zum vierten Mal Jugendliche aus verschiedenen kommunistischen Jugendorganisationen in Schwarzsee zum «Roten Oktober».

(gpw) Schwarzsee ist eine beschauliche Gemeinde im Kanton Freiburg, die aus nicht viel mehr als einem Skilift, einigen Sportgeschäften und ein paar Chalets besteht. Doch seit vier Jahren schon, hält im Naturfreundehaus oberhalb von Schwarzensee revolutionärer und internationalistischer Geist Einzug. Denn jeden November organisiert die Kommunistische Jugend Bern, eine PDA-nahe Jugendorganisation, dort ihren Roten Oktober (nach russischem Kalender betrachtet). Ein Treffen bei dem sich kommunistische Jugendorganisationen aus der ganzen Schweiz austauschen, vernetzen und die kommunistische Bewegung voranbringen sollen. Nebst der Kommunistischen Jugend Bern folgten der Einladung dieses Mal Vertreter der Gioventu Comunista, Jugendorganisation der Tessiner PDA und der Linksjugend [solid], der unabhängigen Jugendorganisation der deutschen Linkspartei. Ausserdem, wie schon letztes Jahr, eine Delegation der Revolutionären Jugend Zürich, dem Jugendplenium des Revolutionären Aufbau Zürich.

Differenzen und Einigkeit

Nach der Ankunft und dem lockeren Beisammensein am Freitagabend war am Samstag das politische Programm dicht gestaffelt. Den Anfang machte die Kommunistische Jugend Bern, indem sie einen kurzen Überblick über die aktuelle Revision der Arbeitslosenversicherung, die gerade auch Jugendliche stark betreffen wird und Jugendarbeitslosigkeit im Allgemeinen gab. Im Anschluss daran entwickelte sich eine interessante Diskussion. Während die restlichen Jugendorganisationen vor allem darauf eingingen, wie man die Jugendarbeitslosigkeit über den institutionellen Weg bekämpfen kann, interessierte sich die RJZ dafür, wie man den konkret betroffenen Jugendlichen begegnet: Wie können wir Gleichgültigkeit und Verrohung bei immer mehr Jugendlichen durchbrechen und eine politische, revolutionäre Perspektive aufzeigen? In dieser Diskussion trat das unterschiedliche Politikverständnis der Organisationen aus dem Umfeld von PDA und LINKE und der RJZ hervor. Erstere vertraten eher ein Konzept, bei dem es darum ging, erst einmal auf parlamentarischen Weg mehr Macht zu erringen, um danach Massnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit zu ergreifen. Die RJZ dagegen suchte nach Möglichkeiten, bereits jetzt eine konkrete Gegenmacht aufzubauen und dabei



Die Delegation der RJZ am Roten Oktober

arbeitslose Jugendliche so gut wie möglich einzubinden und nicht der kapitalistischen Perspektivlosigkeit zu überlassen. Einig war man sich aber darin, dass die Problematik der Arbeitslosigkeit erst in der sozialistischen Planwirtschaft endgültig gelöst werden kann.

Anschliessend an diese interessante Diskussion folgte ein Referat eines Mitglieds der PDA Bern zum Baskenland. Er gab dabei einen umfassenden Überblick über die Geschichte des Baskenlandes und der dortigen sozialistischen Befreiungsbewegung. Ausserdem zeigte er insbesondere auch die Desinformation auf, die in weiten Teilen Europas zu diesem Konflikt herrscht und die leider auch innerhalb der Linken oft zu finden ist. Hier konnte auch die RJZ, die über Kontakte zur Baskischen Jugendbewegung verfügt, einiges beisteuern und aus ihren Erfahrungen im Baskenland berichten.

Nun war die Revolutionäre Jugend selbst an der Reihe. Zwei Genossen präsentierten die Antirepressions-Broschüre der RJZ, die in nächster Zeit fertig gestellt werden wird und gaben dabei einige nützliche Tipps, wie man sich bei Aktionen und im politischen Alltag

vor Repression und Überwachung schützt. Da die meisten Anwesenden eher weniger Erfahrung in diesen Bereichen hatten, stiess der Workshop auf reges Interesse und es konnten einige Fragen geklärt werden.

Nach einem letzten, eher historisch geprägten Referat zum Ribbentrop-Molotow-Pakt stand dann der gesellige Teil des Treffens im Vordergrund. Nach einem Freiburger Fondue wurde die Mojito-Bar, natürlich mit kubanischem Havanna-Club, eröffnet. Das hatte zur Folge, dass die heiteren, angeregten Gespräche und der Gesang von Arbeiterliedern bis zum nächsten Morgen andauerten.

Zum Schluss bleibt zu sagen, dass der diesjährige Rote Oktober sicher für alle ein Gewinn war. Es wurden nicht nur neue Freundschaften und Kontakte geknüpft, sondern in den Diskussionen kamen auch die unterschiedlichen Ansichten innerhalb der kommunistischen Bewegung zum Vorschein. Für uns natürlich kein Nachteil, sondern gerade der Ansatz für viele weitere spannende Diskussionen in denen wir uns weiterentwickeln können.

Über Bologna und die Privatisierung der Bildung

BILDUNGSPOLITIK Nicht nur private Bildungseinrichtungen wollen mit Bildung Geld verdienen, auch die Hochschulen richten sich im Bildungsmarkt ein. Das Stichwort dazu lautet Bolognareform. Vermehrt machen StudentInnen dagegen mobil.

(rabs) Struktur, Inhalt und Wirkung des bürgerlichen Bildungsbetriebs stellen für Linke immer schon Ausgangspunkte für Kritik und eigene Vorschläge dar; nicht zuletzt stammt der Ausspruch «Wissen ist Macht» von Wilhelm Liebknecht, dem Begründer der deutschen Sozialdemokratie. Bildung ist jedoch ein widersprüchlicher und keineswegs neutraler Begriff – sie kann befreien oder sie kann von einem unterdrückerischen Schulsystem gelehrt werden. So stand und steht das bürgerliche Schul- und Universitätssystem weder im Interesse der Kinder noch der ArbeiterInnen und der Mehrheit der Bevölkerung. Dies ist zwar keine grossartig neue Erkenntnis für eine klassengesplante, auf Selektion beruhende Gesellschaft, muss bei Kämpfen gegen den verschärften kapitalistischen Zugriff auf Bildung aber betont werden. Schliesslich kann dieser Kampf, so er sich auf universitärer Ebene abspielt, auch durchaus einen lediglich elitären Anspruch verfolgen. Auch hier sind also die klassischen «Wer-Wen-Fragen» zu stellen, die die aktuellen Entwicklungen an den Hochschulen in eine generelle Tendenz einzuordnen helfen. Wem nützt die Universität, wem die Bolognareform, wem Gremien wie der Universitätsrat?

Education is not for sale – kein Ausverkauf von Bildung

Die Bolognareform mit dem Ziel eines einheitlichen europäischen Hochschulwesens findet im Rahmen der Privatisierungswelle statt, die das Kapital seit seiner nun schon etwas länger andauernden Generalkrise betreibt. Dass eine kapitalistische Ökonomie, die sich gerne als Wissensgesellschaft versteht, auch die Bildung zunehmend verschachert, erstaunt nicht allzu sehr. Aufschluss-



Logo der internationalen Kampagne gegen die Privatisierung von Bildung

reich ist jedoch der Prozess, mit dem eine Öffnung der Bildung auf den kapitalistischen Markt betrieben wird. Sind die Weichen nämlich erst einmal auf ökonomische Orientierung gestellt, reden die Universitäten statt von Bildungsaufträgen von finanziellem Nutzen und Erfolg, Konkurrenz und Bildung als Standortfaktor. Institutionell ist dies häufig begleitet von einer Herauslösung der Verwaltung aus dem öffentlichen Dienst. So die Universität Basel, der von den Trägerkantonen ein «Globalbudget» zur Verfügung gestellt wird, die im Übrigen aber ihre Geschäfte seit 1996 «autonom» vom überwiegend aus Wirtschaftsvertretern bestückten Universitätsrat verwalten lässt. Jedes parlamentarischen Ballastes entledigt bedienen die Universitäten die heimische Wirtschaft gemäss den Vorstellungen der Liberalisierer nun noch effizienter, als sie dies ohnehin schon taten. Das selbstdeklarierte Motto der Bolognareform: Weg vom Studium als Erkenntnisgewinn hin zur Berufsqualifikation und damit zur Verwertbarkeit des Studiums im Sinn eines kapitalistischen Arbeitsmarktes. Mit modularisierten und durch Kreditpunkte miteinander vergleichbaren Studiengängen wird eine Quantifizierung von Bildung betrieben, die nicht nur StudentInnen und HochschullehrerInnen gängelt, sondern vor allem auch gleich lange Spiesse für private Bildungsanbieter schafft. Dies ist im Übrigen eine Entwicklung, die

längst nicht bei den Universitäten Halt macht, sondern auch schon auf die Volksschulen übergegriffen hat. Was sich die «soziale Marktwirtschaft» einst als Recht auf die Fahnen geschrieben hatte, wird damit gründlich abgeschafft, um dann auch wieder die Spreu vom Weizen trennen zu können: Bachelorabschlüsse für die vielen, Master und weitere akademische Qualifikationen für die wenigen. So könnte man das administrative Desaster der Bolognareform leicht auch mit einem Hürdenparcours für StudentInnen aus ärmeren Verhältnissen verwechseln.

Kampf um Bildung

Widerstand gegen diese Entwicklungen ist dringend nötig: Aus den beschriebenen Gründen und auch weil zur Zeit soziales Lernen, kulturelle und ästhetische Bildung lediglich als ineffizienter Ballast gilt, der auf dem Arbeitsmarkt zu keiner Verwertung beiträgt. Dennoch hatte es der studentische Widerstand bislang nicht einfach, solche berechnete Kritik massentauglich gegen aussen zu vermitteln. Es scheint, als liesse sich die Doppelfunktion von Bildung als verwertbare Qualifikation und als emanzipatorischer, gesellschaftlicher wie individueller Hebel nicht eben leicht in klare Positionen fassen, zumal auch das Verhältnis eines Teils der StudentInnen zu eigenen elitären Wünschen nicht immer geklärt sein dürfte. Im skizzierten Spannungsfeld ist an progressiven Positionen jedenfalls in der Tat noch weiter zu arbeiten, genauso wie an Konkretionen einer Klassen- und gesellschaftlich orientierten Perspektive. Einer solchen kann es nämlich nicht um ein Aufwärmen humanistischer Bildungsideale gehen, die im Kapitalismus zwangsläufig einer kleinen Minderheit vorbehalten bleiben. Wohl aber um ein Anknüpfen daran und um die Forderung nach ganzheitlicher Bildung, die Kopf und Hand umfasst, und insbesondere auch das Proletariat einschliesst. Dies bedingt auch künftig ein Anknüpfen an emanzipatorische Kritik, die über die Universitäten hinausweist und die Verbindung mit heutigen und zukünftigen Klassenkämpfen vollzieht.

Wessen Uni? Unsere Uni!

BILDUNGSKAMPF Die europaweiten StudentInnenproteste sind in der Schweiz angekommen. Ein Bericht aus der Aula in Basel.

(rabs) Mittwoch (11.11.) morgens, 10 Uhr: StudentInnen der Universität Basel besetzen die Aula im Kollegienhaus, den grössten Raum, den die Universität zur Verfügung hat. Stühle werden aus dem Weg geräumt, Plakate und Transparente an die Wände und den Eingang gehängt, im mit Sprays geschmückten Hinterhof wird ein Soundsystem aufgebaut. Was viele im Vorfeld nicht für möglich hielten, ist Realität geworden: Die studentische Protestbewegung ist in der Schweiz angekommen.

Angefangen hat das Ganze mit der Besetzung des Audimax in Wien. Der Protest gegen die Entwicklung im Bildungsbereich, in dem es immer mehr darum geht, die Menschen für den Arbeitsmarkt abzurichten, ist schnell auf andere Unis in Österreich übergeschwappt. Auch die StudentInnen in Deutschland führen in immer mehr Städten Besetzungen durch. So geht in diesen Tagen immer wieder jemand mit dem Megafon durch die Eingangshalle, um zu verkünden, welche Uni sich gerade den Protesten angeschlossen hat. Inzwischen sind es etwa 40 Universitäten, in denen Räumlichkeiten besetzt gehalten werden. Am Dienstag 19.11., dem International Students Day reihten sich mit den Besetzungen in Bern und Zürich zwei weitere Universitäten in die Proteste ein.

Alltag in der besetzten Aula

In der vergangenen Woche wurde in und um die Aula viel gearbeitet und aufgebaut. In verschiedenen Arbeitsgruppen wurden konkrete Forderungen erarbeitet, die sich neben den die StudentInnen betreffenden wie Entschulung der Unis und Abschaffung der Studiengebühren auch mit dem Putzpersonal solidarisieren. Zur Verbindung dieser Anliegen entstand ein Text, der klar benennt, dass dieser Kampf an der Uni

Ausdruck eines gesamtgesellschaftlichen Missstandes ist und Bildung nach unseren Interessen nur jenseits des kapitalistischen Systems möglich sein wird (siehe oben stehenden Artikel). Im Hof kochte jeden Tag eine Gruppe für AktivistInnen und sonstige Studierende. Am Abend gab es Konzerte und DJs. Geschlafen wurde in der Aula oder im separaten Medienraum, für den wir die Garderobe besetzt hielten. Die Stimmung war

versitätsleitung. Neben der täglich von verschiedenen Zeitungen angekündigten Räumungsandrohungen durch die Polizei, wurde ihnen der Zutritt zur Technik verwehrt. Das hiess konkret, dass sie weder Heizungen regulieren, noch das Licht ablöschen oder Beamer und Soundinstallation in der Aula benutzen konnten. Auch der Internetanschluss wurde gekappt. Demgegenüber blieb der Rektor die von ihm an einer Vollversammlung zugesicherte schriftliche Auseinandersetzung mit den studentischen Forderungen bis zum Ende der Besetzung schuldig. Seinen Anbiederungsversuch, der soweit ging, die StudentInnen mit Kolleginnen und Kollegen anzusprechen, zerstörte er damit selbst.

Das Ende vom Anfang

Nach einer Woche Besetzung verliessen die AktivistInnen die Aula. Unter dem ständigen Druck durch anfallende Arbeiten, die Medien und die Universitätsleitung, konnte inhaltliche Arbeit nur beschränkt geleistet werden. Eine dringend notwendige Strategie, die über den nächsten Tag hinausging, konnte unter diesen Bedingungen nicht gefunden werden. Neben dem selbstverwalteten StudentInnencafé, dass weiterhin besetzt gehalten wird, benötigt die Bewegung einen Raum, um weiterhin Plena abzuhalten und in Arbeitsgruppen weiter zu arbeiten. Bei jeglichen Angriffen behalten sich die AktivistInnen vor, erneut Räume zu besetzen oder sonstige Aktionen durchzuführen. Mit ein bisschen mehr Ruhe geht es in dieser Phase vor allem um den Aufbau von Strukturen. So werden die StudentInnen bei kommenden Protesten den Kampf mit einer organisierten und untereinander vertrauensvollen Basis führen können und somit auch schlagkräftiger sein.



Die besetzte Uni vor der Pressekonferenz

trotz auftretender Müdigkeit und Demotivierung immer wieder von Euphorie und Zuversicht geprägt. Das Bewusstsein über das Erreichte in diesen Tagen, der Bewegungscharakter dieses Protestes und die vielen Leute, die rund um die Uhr zusammen kämpfen, hat eine belastbare Basis für weitere Kämpfe an der Uni und in der Gesellschaft geschaffen.

Repressionsdrohungen

Je länger die StudentInnen sich in der Aula aufhielten, desto stärker wurde der Druck von Medien und Uni-

In dieser Rubrik veröffentlichen wir Auszüge aus Aktionserklärungen, welche wir per Mail erhalten oder im Internet gefunden haben.

Migrationsamt in Luzern eingefärbt

Ausschaffungsstop jetzt - Bleiberecht für alle - den rassistischen Konsens durchbrechen. In der Nacht auf Donnerstag (12.11.09) haben wir, «Menschen, die nicht in einem falschen Land geboren wurden», das Amt für Migration in Luzern mit Farbe angegriffen. Wir solidarisieren uns mit allen MigrantInnen, die täglich von der Polizei, dem Staat und dem Amt für Migration systematisch diskriminiert, gepeinigt, gedemütigt und verfolgt werden (...).

Aktion gegen deutsches Generalkonsulat

In der Nacht auf den 20. Oktober haben wir das deutsche Generalkonsulat in Zürich mit Farbe angegriffen. Mit dieser Aktion drücken wir unsere Solidarität mit den Verurteilten des Militanten Gruppe-Verfahrens aus (...). Am 16.10.2009 wurden Florian, Axel und Oliver zu mehreren Jahre Gefängnis verurteilt. Die Verurteilten waren angeschuldigt der Mitgliedschaft in der «Militanten Gruppe» und im Jahr 2007 unter Bundeswehrfahrzeuge, die zur Wartung auf dem Gelände der Firma MAN standen, Brandsätze gelegt zu haben. Die MG griff ab 2001 mit verschiedenen Aktionen Staat und Kapital an (...) Viele ihrer Anschläge richteten sich gegen Rüstungskonzerne, die Bundeswehr und andere Institutionen, welche vom imperialistischen Krieg direkt oder indirekt profitieren. (...).

Freiheit für Mumia Abu-Jamal:

Seit dem Prozess im Jahre 1982, bei dem Mumia Abu-Jamal zum Tode verurteilt wurde, sitzt er im Knast. Anfang April wurde der letztmögliche Antrag auf Wiederaufnahme des Prozesses vom U.S. Supreme Court kommentarlos verworfen. Ausstehend ist der Entscheid ob das Todesurteil in lebenslange Haft umgewandelt oder vollstreckt wird. Mumia Abu-Jamal war Mitglied der Black Panther Party und Journalist der bis heute, aus dem Knast heraus, für seine Freilassung, seine Geschichte aber auch für seine Perspektive kämpft, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Unsere Solidarität gilt Florian, Axel und Oliver, Mumia Abu Jamal, sowie allen, die im Kampf für eine klassenlose Gesellschaft von der Repression betroffen sind. Freiheit für alle politischen Gefangenen! (...)

Freiheit für Marco Camenisch!

Wir haben in der Nacht vom 15. auf den 16. September in Muttenz eine Luxuskarosse abgefackelt. Mit diesem Angriff setzen wir ein Zeichen gegen dieses umweltzerstörerische, kapitalistische System, das nur auf die Zerstörung des Menschen und der Umwelt abzielt. Und wir fordern die sofortige Freilassung von Marco Camenisch, der seit bald 19 Jahren ununterbrochen im Knast sitzt (...).

Angriff auf Novartisfiliale in Bern

Wir haben letzte Nacht die Novartisfiliale in Bern mit Buttersäure angegriffen. Wir wählten dieses Mittel um Gleiches mit Gleichem zu vergelten, Chemie mit Chemie. Wir drücken mit dieser Aktion unsere Solidarität mit den kämpfenden TierrechtlerInnen aus. (...) Das Übel sind nicht die Tierversuche. Sie sind die logische Folge eines Systems, das auf Ausbeutung beruht. (...) Die Befreiung der (nichtmenschlichen) Tiere ohne die Befreiung des Menschen ist eine Illusion. Erst wenn der Ursprung der Ausbeutung, das kapitalistische System, überwunden worden ist, ist es uns allen, Tieren wie Menschen, möglich, frei und selbstbestimmt zu leben. In diesem Sinne: ...one struggle - one fight...

12 aufbau nr. 59 - dezember/januar 2010

Ungebrochen und Unbequem

POLITISCHE GEFANGENE Diesen Herbst entscheidet der US Supreme Court¹ definitiv, ob es den weltweit bekanntesten politischen Gefangenen, Mumia Abu-Jamal, hinrichten lässt. Laut seinen Anwälten sei die Lage so gefährlich wie noch nie seit seinem ersten Prozess.

(gpw) Mumia Abu-Jamal sitzt seit 27 Jahren im Hochsicherheitsgefängnis SCI-Greene bei Waynesburg, Pennsylvania. Er wurde 1982 in Philadelphia wegen Mordes an einem Polizisten sowie wegen Schusswaffenbesitzes angeklagt, für schuldig befunden und zum Tode verurteilt.

Die Tat- und Prozessumstände sorgten schon damals für Aufsehen und machten seinen Fall weltweit bekannt. Ein erfundenes Geständnis, ignorierte Zeugenaussagen und eine ausschliesslich weisse Jury sind nur die grössten Verstösse in diesem rassistischen und politischen Prozess. Weiter wollen wir nicht in den Prozess-Dschungel vordringen, ausführliche Infos gibt es im Internet². Während des Prozesses kam es im Gerichtssaal zu Tumulten, und auch auf der Strassen äusserte sich der Protest, sowohl in den USA wie auch in Europa. Diese Wut flammte bisher bei jeder Entscheidung eines Gerichts wieder auf und trug vermutlich viel dazu bei, das Todesurteil ausser Kraft zu setzen.

Doch Mumias Geschichte und sein Bruch mit der Amerikanischen Gesellschaft und Justiz beginnt schon viel früher.

Politisierung zwischen Bürgerrechtsbewegung und der Black Panther Party

In Philadelphia, Mumias Heimatstadt, kam es bereits 1964 zu heftigen Zusammenstössen zwischen Afro-Amerikanern und der Polizei. Philadelphia war somit einer der Ausgangspunkte für die afro-amerikanische Bürgerrechtsbewegung. Und auf so einer Demonstration wurde er 1986 Zeuge der massiven Polizeibrutalität gegen die Demonstranten. Kurz darauf wurde er, als 14-jähriger, Hilfs-Pressesprecher der Black Panther Party. Die Black Panthers wurden 1966 gegründet, um im Interesse der Afro-Amerikanischen Bevölkerung bewaffneten Widerstand gegen die damalige gesellschaftliche Unterdrückung zu leisten und die schwarze Gemeinschaft vor Übergriffen zu schützen. Es entstanden hunderte von Basisgruppen innerhalb der schwarzen Communities; mit dem zunehmendem Einfluss der Panthers verschob sich die praktische Arbeit von Selbstverteidigung hin zu Selbstorganisation.

In den darauf folgenden Jahren zog sich Mumia den Hass der herrschenden (weissen) Klasse immer wieder auf sich, so zum Beispiel wegen seiner Kommentare zu den Polizeiübergriffen auf die MOVE-Bewegung³, in den Jahren 1978 bis 1985. Aufgrund der Hetze gegen seine Person musste er seine Stelle beim Radiosender WHYY in Philadelphia aufgeben und als Taxifahrer arbeiten.

Ende des juristischen Dschungels in Sicht

Mehrmals wurde das Todesurteil widerrufen und wieder bestätigt. Nachdem nun der Straftatbestand nicht neu beurteilt wurde, soll nun in diesem Herbst vom U. S. Supreme Court entschieden werden, ob das Todesurteil wieder eingesetzt, nachdem es 2007 ausser Kraft gesetzt wurde, oder in lebenslange Haft umgewandelt werden soll. Somit wären alle juristischen Möglichkeiten Mumias Tod zu verhindern ausgeschöpft. Falls das Gericht die Todesstrafe bestätigt, wird vom UnterstützerInnen-Kreis damit gerechnet, dass die Vollstreckung der Todesstrafe sehr schnell folgen wird.

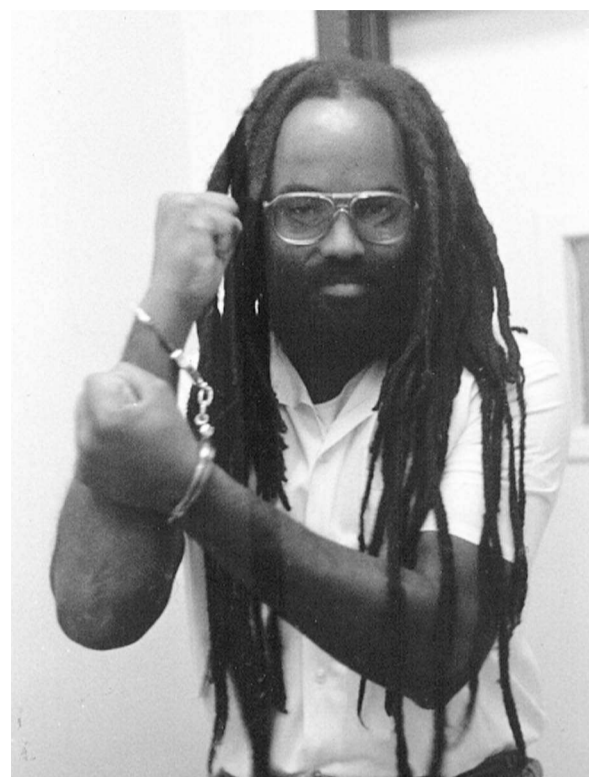
In diesen drei Jahrzehnten kämpften Mumia und seine UnterstützerInnen nicht ausschliesslich für sein Leben und seine Freiheit. In all den Jahren haben die Mühlen der Justiz und die Schikanen des Hochsicherheitsgefängnisses es nicht geschafft, seinen Willen zu brechen. Seine Überzeugungen vertritt er auch im Knast, mit allem was ihm noch bleibt: Seiner Stimme.

Unermüdlisch anschreiben gegen Unterdrückung

Die journalistische Tätigkeit, bis zu seiner Verhaftung als Nebenberuf ausgeübt, intensivierte er im Gefängnis. Zwei Bücher hat er bisher geschrieben, «Live from Death Row» und «Ich schreibe, um zu leben». Jeden Samstag schreibt er für die linke deutsche Tageszeitung «Junge Welt» einen Kommentar und spricht Beiträge für Radiosendungen, Kongresse und Demonstrationen.

Er äussert sich zum Rassismus, Imperialismus und der globalen Krise des Kapitalismus in den USA und auf der ganzen Welt.

Dieser Kampfgeist und sein Einfluss auf die gesamte US-Linke und die afroamerikanische Bevölkerung sind den USA ein Dorn im Auge. Die derzeitige



Auch nach 27 Jahren Knast mit geballter Faust

Wirtschaftskrise trifft die amerikanische Bevölkerung aufs Härteste, Arbeits- und Obdachlosigkeit steigen in gigantische Höhen. In Zeiten wie dieser kommt es den Mächtigen der USA gelegen, eine kritische Stimme für immer zum Schweigen zu bringen.

Amerikanische Realität

Dass in Philadelphia, Mumias Heimatstadt, die rassistische Vorgehensweise von Polizei und Justiz immer noch ein Thema ist, zeigte sich übrigens im September 2007. Damals rief der städtische Polizeichef die schwarze Bevölkerung dazu auf, auf den Strassen der Stadt zu patrouillieren, um Verbrechen zu verhindern. Der Aufruf stand im Zusammenhang mit der konstatierten Weigerung der schwarzen Community mit den Sicherheitsbehörden in Philadelphia zu kooperieren, nicht nur im Fall Mumia.

¹ Oberster Gerichtshof der Vereinigten Staaten

² Prozessdokumente und alle Texte von Mumia gibt es auf www.mumia.de

³ <http://de.wikipedia.org/wiki/MOVE>

«Mumia 3 + 12»

Sollten US-Justiz und Politik ihre Todesdrohung gegen Mumia wirklich in die Tat umsetzen, rufen die Mumias Unterstützer/innen zu einem internationalen Aktionstag auf. So sollen am 3. Tag nach der Bestätigung des Todesurteils um 12 Uhr (oder auch später) Einrichtungen der US Regierung und Diplomatie Ziel von Protesten und Demonstrationen werden.

Wir werden die Ermordung von Mumia Abu-Jamal nicht stillschweigend hinnehmen! Schon 1995 und 1999 wurde die Hinrichtung aufgrund der starken internationalen Proteste verhindert.

Informiert Euch über unsere Homepage und auch anderweitig (Nicht alles steht im Internet).

Freiheit für Mumia Abu-Jamal und alle politischen Gefangenen!

Let the fight go on..!

IRLAND Im aufbau Nr. 58 behandelten wir die Anfänge der modernen Widerstandsbewegung in Irland bis 1972. In diesem Artikel schauen wir den weiteren Verlauf des Konflikts in Nordirland an, die Knastkämpfe, die Entwicklungen innerhalb der Bewegung, das Karfreitagsabkommen und die aktuelle Situation.

(gpw) 1974, fünf Jahre nach dem Anfang der Unruhen, spaltete sich eine Gruppe von der alten reformistischen republikanischen «Official» Bewegung ab und gründete die Irish Republican Socialist Party (IRSP). Obwohl diese Gruppe von Anfang an den reformistischen Kurs der Officials-Führung abgelehnt hatte, war sie 1969 in der «Official» Bewegung geblieben, da sie bei den damals neu entstandenen Provisionals IRA die soziale Frage als zu wenig thematisiert ansah. Die IRSP definierte sich als revolutionäre, marxistische Partei und grenzte sich klar vom Reformismus ab. Auch wurde die bewaffnete Gruppe Irish National Liberation Army (INLA) gegründet, welche ebenfalls marxistische Positionen vertrat.

Knastkämpfe und Hungerstreik

Zur selben Zeit gingen auch die bekannten und tragischen Knastkämpfe an. Bis zum Jahr 1976 hatten alle Gefangenen der Widerstandsbewegung den so genannten «Special Category Status» (Sonderkategoriestatus). Das bedeutete, dass ihre Taten als politisch anerkannt, sowie sie separat von sozialen Gefangenen gehalten wurden und keine Arbeit leisten mussten. Auch durften sie ihre eigenen Kleider behalten und mussten keine Gefängnisuniformen tragen.

1976 wurde dieser Sonderkategoriestatus von der britischen Regierung abgeschafft. Die Gefangenen sollten wie alle anderen nun Gefängnisuniformen tragen und Gefängnisarbeit leisten. Dies sahen die Gefangenen als einen Angriff auf ihre politische Identität an und sie wehrten sich gegen diese repressiven Massnahmen und die Abstempelung als Kriminelle, denn solche waren sie nicht. Kieran Nugent, der erste Gefangene, den diese Kriminalisierung betraf, weigerte sich, die Gefängniskleider anzuziehen. Dazu sagte er den in der Bewegung berühmt gewordenen Satz: «If you want me to wear your prison uniform, you'll have to nail it to my back» (Wenn ihr wollt, dass ich Gefängniskleidung trage, müsst ihr sie mir auf den Rücken nageln). Er bekam jedoch keine anderen Kleider und musste sich stattdessen in eine Decke wickeln. Weitere Gefangene folgten seinem Beispiel. Es entwickelte sich der so genannte Deckenprotest.



Wandgemälde in Erinnerung an die Rolle der sozialistischen Bewegung während dem Konflikt.

Die Gefangenen wurden auch regelmässig von den Wärtern in brutalster Weise geschlagen. Als ein Gefangener fast getötet wurde, zerstörten die Mitgefangenen ihre Zellen und weigerten sich, diese zu verlassen. Aus diesem Grund konnten sie ihre Nachttöpfe nicht leeren und sahen sich gezwungen, die Zellenwände mit ihren Exkrementen zu bestreichen. Diese Kampagne wurde als Dirty Protest bekannt.

Die Regierung Margaret Thatchers, welche auch in der ArbeiterInneklasse in England und Schottland sehr verhasst war, gab jedoch nicht nach, weshalb die Gefangenen eine Hungerstreik begannen. Etwa 100 Gefangene beteiligten sich daran. Sieben Mitglieder der Provisional IRA und drei Mitglieder der marxistischen Irish National Liberation Army bezahlten mit dem Tod. Bobby Sands verstarb als erster im Frühjahr 1981 nach 66 Tagen. Noch im April 1981 hatte er sich an den Parla-



Beerdigung eines republikanischen Gefangenen, der im Oktober 2009 auf unbekannte Weise in Polizeihaft starb

mentswahlen beteiligt – ohne dass er die Absicht hatte, die Wahl anzunehmen – und gewann mit über 30'000 Stimmen einen Parlamentssitz in Fermanagh-South Tyrone. Auch andere Hungerstreikende gewannen Sitze im südirdischen Parlament. Als Reaktion darauf verbot die Regierung die Teilnahme von Gefangenen an den Wahlen, denn diese grossen Siege widersprachen Thatchers Linie, dass die IRA und die INLA keine Unterstützung hätten und ihr Mitglieder isolierte Mörder seien. Alleine bei Bobby Sands' Beerdigung nahmen über 100'000 Leute teil. Der Hungerstreik wurde schliesslich im gleichen Jahr beendet und einige Monate später bekamen die Gefangenen wieder den Sonderkategoriestatus.

Reformistische Führung und „Karfreitagsabkommen“

Ungefähr zur selben Zeit, als die Bewegung massiv am Wachsen war, entwickelte sich eine «Shoot to kill» Politik der britischen Armee und Polizei. Zahlreiche, zum Teil unbewaffnete IRA Mitglieder, wurden bei Kontrollen und Verhaftungen erschossen. Diverse Familien der Verstorbenen klagten die britische Regierung an, welche in einigen Fällen gezwungen wurde, Kompensationsgelder zu bezahlen.

Während Hungerstreik stärkend auf die Widerstandsbewegung wirkte und die Wahlerfolge die breite Unterstützung, welche sie genoss, zeigte, begann die Führung der Bewegung schleichend einen reformistischen Kurs einzuschlagen. Sie konzentrierte sich nur noch auf die Wahlen. Der bewaffnete Kampf wurde langsam heruntergekurbelt. Als die Entscheidung gefällt wurde, das südirdische Parlament anzuerkennen und aktiv im Parlament mitzumachen, ereignete sich aufgrund dieser reformistischen Wende eine weitere Spaltung. Ein kleiner Teil der Bewegung gründete die Partei Republican Sinn Fein. Auch auf der militärischen Seite gab es eine Spaltung. Es entstand die Continuity IRA.

Die ReformistInnen gewannen jedoch immer mehr an Boden. Die Provisional IRA rief 1994 einen Waffenstillstand aus, der anderthalb Jahre andauerte. 1997 wurde er erneut erklärt. Der endgültige Durchbruch der reformistischen Seite erfolgte 1998 unter der Führung von Gerry Adams und Martin McGuinness mit der Unterzeichnung des so genannten Karfreitagsabkommens. Die nordirischen Provinzen sollten ein Parlament erhalten und ein Nord-Süd Ministerrat sollte sich um gesamtirische Belange kümmern. Alle politischen Gefangenen sollten unter der Bedingung freigelassen werden, sich nicht weiter an illegalen Aktivitäten zu beteiligen. Die bestehende Polizei sollte durch eine neue «unpar-

teische» ersetzt und die britischen Truppen sollten von den Strassen zurückgezogen werden. Aufgrund des Abkommens wurden die Waffen der Provisional IRA vollständig zerstört. Die Partei Sinn Fein begann aktiv im britischen Parlament teilzunehmen und sich in der Polizei zu engagieren. Die ReformistInnen bezeichneten das Abkommen als einen Riesenerfolg. Für die Bevölkerung erreichte es real freilich wenig und viele fühlten sich verraten, dass nach langjährigem Kampf, dies nun der «Erfolg» sein sollte.

Waffenstillstand und Spaltungen

Auch im Zuge des Karfreitagsabkommens gab es Spaltungen in der Bewegung. Aus der Sinn Fein heraus entstand die 32-Grafschaften-Souveränitätsbewegung (County Sovereignty Movement), so benannt, weil ein vereinigtes Irland 32 Grafschaften hätte. Ferner spaltete sich die «Real» IRA aus Protest gegen das Abkommen von der Provisional IRA ab und nahm den bewaffneten Kampf wieder auf. Beispielsweise bekannte sie sich im Frühjahr 2009 zu einem Anschlag auf zwei britische Soldaten nahe Belfast.

Die marxistische INLA erklärte 1998 ebenfalls den Waffenstillstand. Sie begründete diesen Schritt damit, dass die Bedingungen für den bewaffneten Kampf zur Zeit nicht gegeben seien. Gleichzeitig positionierte sie sich gegen das Abkommen und lehnte insbesondere den parlamentaristischen Weg zum Sozialismus weiterhin ab. Im Jahr 2009 erklärte sie jedoch in einer drastischen Kehrwende, dass ihr Krieg vorbei sei und sie den Kampf für ein sozialistisches Irland nur noch mit friedlichen Methoden führen wolle.

Der Kampf geht weiter?

Weiterhin befinden sich in ganz Irland etwas mehr als 100 Personen der Widerstandsbewegung im Knast. Bei vielen musste das Verfahren eingestellt werden, als publik wurde, dass Beweise gefälscht worden waren. Ausserdem sitzen viele, die wegen «Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation» eingesperrt wurden, lediglich auf Grund der Aussage eines einzigen Polizisten. Als Folge des Karfreitagsabkommens haben alle Gefangenen, die nach 1998 verurteilt wurden, keinen Sonderkategoriestatus mehr. Indem sie als Kriminelle dargestellt werden, versucht die Regierung ihre Kampf in der Öffentlichkeit zu entpolitisieren.

Der Widerstand gegen diese Kriminalisierung und der Kampf um den politischen Status der Gefangenen geht jedoch auch heute drinnen wie draussen weiter und lässt unter den verschiedenen Gruppen eine Zusammenarbeit entstehen, die viele Aktionen und Demonstrationen möglich machen.

Die heutige Situation der Bewegung in Irland kann als eine Aufbauphase betrachtet werden. Die Gruppen, welche das Karfreitagsabkommen ablehnen, haben die Ohnmacht und die Krise, welche dessen Abschluss ausgelöst hatte, langsam überwunden und wachsen beständig. Zudem lässt sich beobachten, dass der Kampf nach einer sozialistischen Perspektive von allen Gruppen, dass heisst auch von denen, welche sich nicht explizit als sozialistisch definieren, heute wesentlich mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Der Kampf in Irland ist bei weitem nicht tot, wie die Medien dies gerne präsentieren. Die Worte des marxistischen Hungerstreikers Patsy O'Hara, «let the fight go on!» (lasst den Kampf weitergehen!), die er kurz vor seinem Tod 1981 sprach, haben weiterhin ihre Gültigkeit.

aufbau buchvertrieb
Anlaufstelle

NEUE OFFNUNGSEIENEN
Samstag 11.00 - 18.00

Lesen, informieren + diskutieren

- Antifaschismus
- Frauenbiografien
- proletarische Romane
- Internationalismus
- Bildbände
- Zeitungen
- Neuerscheinungen
- kommunistische Klassiker
- Broschüren, Flugblätter

Historisches Bewusstsein geht von Veränderung der Gegenwart aus

www.aufbau.org

Kanonengasse 35, 8004 Zürich (im Hinterhaus, Eisentreppe)



Frauen zusammen gegen Krise, Krieg und Kapital
am 5. März 2010 auf die Strasse!

Internationaler Frauenkampftag 2010

Dieses Jahr Demonstration am 5. März um 13:30 Uhr, Hechtplatz / Zürich

und am 13. März nach Bern zur nationalen Demo. Infos folgen unter www.aufbau.org



**vorwärts-
die Waffe für den Klassenkampf**

bewaffe dich mit einem Abo.

ausschneiden und einsenden an
vorwärts, Postfach 2469, 8026 Zürich
oder elektronisch www.vorwaerts.ch

Jahresabo für CHF 160.- Nichtverdienende für CHF 110.-
 Halbjahresabo für CHF 85.- Probeabo: 6 Nummern für CHF 10.-

Name/Vorname: _____
Strasse/Nr. _____
PLZ/Ort: _____



LoRa 97.5 MHz

**Sonntag
18 bis 20 Uhr**

**Die nächsten Daten:
3.01.2010
7.02.2010
7.03.2010**

**Wiederholungen
jeweils
donnerstags
10 bis 12 Uhr**

Kritik und Anregungen an:
Rote Welle, Postfach 8663, 8036 Zürich

TAXI - Magazin für Soziales und Kultur
www.strassenmagazin.ch.vu
Offen für Texte und Infos....

Wir brauchen immer VerkäuferInnen.
Pro verkauftem Heft verdienst Du CHF 2.50
Job-Telefon 078 742 28 67

kommunismus lesen. aufbau abonnieren.

jahresabo 30 fr.
förderabos 50, 100 fr. oder nach Wahl

info@aufbau.org oder www.aufbau.org

Buchhandlung am Helvetiaplatz
Stauffacherstrasse 60
8026 Zürich 4
Telefon 01 241 42 32
Telefax 01 291 07 25
www.helvetiabuch.ch

Politik Von >Adorno bis >Zapata

**Der neue Webauftritt
der jungen Welt.
Die ganze Zeitung im Internet.**

Die *junge Welt* ist eine überregionale, von Parteien und Organisationen unabhängige linke Tageszeitung. Jeden Tag finden Sie in ihr mindestens zwei aktuelle Interviews, eine tagesaktuelle Schwerpunktseite, fünf Seiten Politik, zwei Thema-Seiten, ein junges Feuilleton sowie »kapital & arbeit« auf Seite 9. An drei Tagen ist eine halbe Seite für unsere Leserinnen und Leser reserviert. Die täglichen Kommentare, die Wochenendbeilage »faulheit & arbeit« und die jeweils wöchentlich erscheinenden Seiten »Feminismus« und »Antifa« sind in Art und Inhalt einmalig. Hauptaufgabe der Zeitung: Bestehende Verhältnisse ungeschminkt beschreiben, analysieren, kritisieren. Der Marxismus ist dazu ein wichtiges Instrument.

www.jungewelt.de
Mehr Nachrichten, mehr Analyse, mehr Information.

adag
Druckerei

H.R. Breitenmoser
Landenbergstrasse 10
CH-8037 Zürich
Tel. 044 272 17 10
Fax 044 271 77 26
adag@adagebra.ch

Briefschaften • Plakate • Flyer • Postkarten • etc.



www.rhi-sri.org

da war jener mensch,
der endlich aufstand
und seinen arm der zärtlichkeit reichte,
die er zwischen tod und leben riskiert,
die er fliegen liess,
da war jener mensch
und er kam an.

da war jener mensch,
der sich einen stern versprach,
den er immer mehr liebte,
den er zwischen tod und leben riskierte,
der seinen traum ausübte,
da war jener mensch
und der starb

(Politische Gefangene aus GRAPO)



NULLA
E
FINITO

Diana Blefari Melazzi

Militante der B.R. PCC, (4. 4. 69–31. 10. 09) im italienischen Knast durch die verschärfte Isolationsfolter und dem Druck der Konterrevolution, endlich zu kollaborieren, getötet.

Diana Presente

ROTE HILFE Mit Isolationsfolter wurde Diana Blefari Melazzi in den Tod getrieben. Entgegen der Behauptungen der Sensationspresse hat sie nie mit der Justiz kollaboriert.

(gpw) In der Nacht auf den 1. November hat sich Diana Blefari Melazzi in ihrer Zelle des Sicherheitstrakts im römischen Knast Reb-bibia erhängt. Diana erklärte sich im Dezember 2003 bei ihrer Verhaftung den Roten Brigaden PCC¹ zugehörig. Im März des gleichen Jahres versuchte der BR-Genosse Mario Galesi sich mit der Waffe in der Hand der Festnahme im Zug zu entziehen und wurde erschossen, Nadja Lioce geriet in Gefangenschaft.

Zusammen mit weiteren Mitgliedern der B.R. PCC wurde Diana im Zusammenhang mit der Aktion gegen Marco Biagi² zu lebenslanger Haft verurteilt. Alle GenossInnen sitzen seither unter verschärfter Isolationsfolter des Artikels 41bis in Hochsicherheitsgefängnissen. Die totale Isolationshaft beinhaltet nicht nur einen toten, d.h. völlig abgeschotteten Trakt, sondern auch eine totale Kontaktsperre. Telefonate mit Angehörigen sind nur alle paar Monate möglich und diese müssen sich auf einen Polizeiposten begeben, wo sie umringt von Beamten dann mit den Gefangenen telefonieren können.

Die Prozesse finden nur noch per Videoübertragung statt. In einer speziellen Zelle mit Videokamera und Mikrofon wird die von Bullen umringte Gefangene vom Richter im Gerichtssaal nach Belieben zu- und weggeschaltet. Neu sollen sich all jene strafbar machen, die Briefe oder Texte von 41bis Gefangenen veröffentlichen. Diese totale Abschottung im Knast ist zeitlich nicht befristet, sondern wird solange fortgeführt, bis der Gefangene zusammenbricht, öffentlich bereut und sich von seiner Geschichte distanziert.

Isolation ist Folter

Diana hatte diese weisse Isolationsfolter psychisch seit Jahren extrem zugesetzt. Die BR-Gefangene Nadia Lioce hat sich

seit langem besorgt gezeigt und Dianas Anwälte führten einen erfolglosen Kampf für Haftverleicherungen. Die Staatsschutz- und Justizorgane hingegen witterten eine Möglichkeit, Diana völlig zu brechen und erhöhten den Druck. Mit allfälligen Aussagen Dianas erhofften sie sich weitere Verhaftungen und die Zerschlagung von Strukturen der BR PCC. Die kürzliche Verhaftung ihres Genossen und ehemaligen Lebenspartners, Massimo Papini wurde sofort medial aufgegriffen und als Beweis dafür hingestellt, dass Diana endlich begonnen habe mit dem Staat zusammenzuarbeiten. Eine Lüge. In Tat und Wahrheit war Diana bis zuletzt ihrer Identität treu geblieben und lehnte jegliche Annäherungen des Klassenfeindes ab.

«Diese Anschuldigungen sind eine weitere, obszöne Instrumentalisierung von Diana und ihres Gesundheitszustandes ... sie hat mit dieser Verhaftung nichts zu tun. Der einzige Fehler, der Papini in den Knast brachte, ist die Tatsache, dass er einem Menschen, der psychisch enorm litt und dem er emotional sehr verbunden war, versucht hatte nahe zu sein ...» so der Anwalt von Massimo Papini in seiner Erklärung zum Tod.

In der kommunistischen Bewegung Lateinamerikas werden die gefallenen GenossInnen mit einer schönen Parole geehrt: Diana presente – der Kampf geht weiter!

¹ Kämpfende Kommunistische Partei

² Am 19.3.02 erschoss ein Kommando der BR PCC den für das neue Arbeitsgesetz Verantwortlichen in Bologna

ABAKUS

(kur) Im Abakus der letzten Ausgabe ging es um Haare: Eine Kommunistin mit langen roten Haaren soll abschätzen, welche Distanz überbrückt werden könnte, wenn jedes ihrer Haare der Länge nach in eine Reihe gelegt würden und zwar so, dass sich die benachbarten Haaren jeweils an den entsprechenden Enden berühren? Um eine quantitative Antwort geben zu können, müssen verschiedene Dinge abgeschätzt werden: Erstens, wie gross ist die Fläche des behaarten Kopfes? Wir modellieren den Kopf als seine Kugel mit einem Durchmesser von rund 20 cm und nehmen an, dass nur die halbe Kugeloberfläche behaart sei.

Der Flächeninhalt dieser Halbkugeloberfläche beträgt
 $A = 0.5 * 4 * \pi * (\text{Radius})^2 = 0.5 * 4 * 3.1415 * (10\text{cm})^2 = 628\text{cm}^2$. Als Zweites muss abgeschätzt werden, wieviel Haare sich auf dieser Fläche befinden. Bei genauer Betrachtung beträgt der mittlere Abstand zweier Haare etwa 0.5mm, d.h. wir zählen im Mittel 20 Haare/cm. Daraus ergibt sich eine Dichte von 400 Haaren/cm². Drittens, lässt sich nun die gesamte Anzahl der Haare angeben. Sie beträgt mit 400 Haaren/cm² * 628cm² rund 250'000. Gehen wir, fünftens, von einer durchschnittlichen Haarlänge von 20cm aus, dann beträgt die gesuchte Gesamtlänge 50km!

Sie mieten für einen Transport ein Auto, steigen ein und schauen kurz auf den Kilometerstand – «78987km» steht da geschrieben. Interessant, die Zahl lässt sich sowohl vorwärts als auch rückwärts lesen. Sie fahren los und erreichen Ihr Ziel nach genau zwei Stunden. Ein kurzer Blick auf den Kilometerstand lässt Sie erschauern: Wieder so eine «Spiegelzahl!» Mit welcher Durchschnittsgeschwindigkeit ist die erstaunte Person gefahren?

Verkaufsstellen Schweiz: Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich / Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich / Chornladen, Fierzgasse 16, 8005 Zürich / Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur / Buchhandlung am Helvetiaplatz, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4 / Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern / Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, Rickenbachstrasse 56, 6430 Schwyz / Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St. Gallen / Buchhandlung Waser, Feldbergstrasse 30, 4057 Basel / Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel / Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel.

Verkaufsstellen Deutschland: Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg / Infoladen Stuttgart, Ludwigstr. 110a, 70197 Stuttgart / Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn / Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg / Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt / Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41–43, 80799 München / Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin / Jos Fritz Buchhandlung, Wilhelmstr. 15, 79098 Freiburg / Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.